Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 12 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 327. Morgen-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 17. Juli 1867.

Die Zeitungssteuer.

Ueber die Zeitungssteuer spricht der namhafteste aller lebenden National-Oekonomen in der abfallendsten Weise sich aus. John Stuart Mill, nachdem er gegen ein die Selbstkosten der Postverwaltung erheblich überschreitendes Porto sich ausgesprochen, weil durch dasselbe Hindernisse in den Weg gelegt werden, „der Hauptquelle der Arbeitsersparniß, der nothwendigen Bedingung jedes Fortschritts in der Production und einem der stärksten Reizmittel für die Erwerbsthätigkeit", fährt fort:

„Eine Abgabe von öffentlichen Anzeigen unterliegt ebenfalls diesem Vorwurfe, weil, so weit Anzeigen dem Geschäfte durch Annäherung des Consumenten an den Producenten oder Verkäufer der Sache nützen, eine Abgabe davon die Zeit verlängern kann, wo die Waare unverkauft und das Capital daher in Unthätigkeit verbleibt, wenn nämlich die Abgabe so hoch ist, daß sie Anzeigen wirklich verhindert."

„Eine Abgabe von Zeitungen ist Einwendungen ausgesetzt, nicht sowohl für die Fälle, wo sie entrichtet wird, als wenn sie nicht entrichtet wird, sobald sie nämlich den Gebrauch von Zeitungen verhindert. Für die meisten Menschen, welche sie jetzt sich anschaffen, sind Zeitungen nur ein Luxusgegenstand, für den sie ebenso gut bezahlen können als für andere Genußmittel und der daher ein sehr geeignetes Object der Besteuerung abgiebt. Aber für die große Menge, die lesen gelernt, aber sonst wenig geistige Bildung genossen hat, sind Zeitungen die Quelle beinahe aller allgemeinen Belehrung, die sie empfangen, und fast ihrer ganzen Bekanntschaft mit den die Menschheit bewegenden Ideen und Fragen; ihr Interesse wird durch Zeitungen leichter erweckt als durch Bücher oder andere, schwerer zugängliche Quellen der Belehrung. Zeitungen tragen jetzt leider so wenig bei und sind so wenig darauf aus, nützliche Ideen zu erwecken, daß Manche darüber ihre Wirksamkeit für die Verbreitung dieser Ideen zu gering schätzen; sie berichtigen aber viele Vorurtheile und Aberglauben und wecken die Gewohnheit der Erörterung sowie das Interesse an öffentlichen Angelegenheiten, deren Mangel bei den unteren und mittleren, wenn nicht gar bei allen Ständen in denjenigen Ländern, wo es keine Zeitungen bedeutender und anregender Art giebt, die Hauptursache geistiger Stagnation ist. Es sollten keine solchen Abgaben bestehen, welche diese großen Verbreiter von Ideen, von geistiger Uebung und Anregung dem Theil des Volkes weniger zugänglich machen, der am meisten nöthig hat, gleichsam aus sich selbst herausgetragen zu werden in das Gebiet von Ideen und Interessen, die seinen beschränkten Horizont erweitern."

Wir haben diese Stimme der Wissenschaft ehrlich und unverkürzt mitgetheilt; wir haben weder die Erwägungsgründe verschwiegen, die für Beibehaltung der Zeitungssteuer geltend gemacht werden können, noch den Tadel, der im Vorbeigehen auf die Leiter der Zeitungen ausgeschüttet wird, ruhigen Gewissens es dem Urtheile unserer Leser überlassend, wie weit sie denselben auch auf uns anwendbar finden. Im Uebrigen meinen wir, daß dieses Urtheil, ausgesprochen im Jahre 1852 zu London, vollständig vernichtend ist für die Maßregeln, die man im Jahre 1867 zu Berlin beschlossen hat.

Die Ungerechtigkeit der Zeitungssteuer nachzuweisen, ist ein durchaus überflüssiges Unternehmen; es giebt Niemanden, der aus Gründen der Gerechtigkeit oder Wirthschaftlichkeit ihre Apologie versucht hätte. Ihre Entstehung verdankt sie einem lediglich politischen Motiv, dem tiefen Haß, den die Reaction gegen die periodische Presse überhaupt gefaßt hatte. Ihre Beibehaltung verdankt sie der großen Annehmlichkeit, welche dem Finanzminister daraus erwächst, vermittelst einiger Manipulationen mit dem Zollstock eine Summe von mehreren hunderttausend Thalern einzuziehen. Und in dieser großen Bequemlichkeit liegt gerade ihre höchste Gefahr.

Die Formel, unter welcher ein berühmter französischer Nationalökonom seinen Kampf gegen alle Eingriffe in die Freiheit des Verkehrs geführt hat, lautet bekanntlich: „Was man sieht und was man nicht sieht"; der kleine Vortheil, den eine Maßregel bringt, den sieht man. Die drei- oder viermalhunderttausend Thaler, die als Zeitungssteuer in die Staatskasse fließen, sind greifbar. Aber den großen Vortheil, den man haben würde, wenn jene Maßregel nicht bestände, den sieht man nicht. Und gerade bei der Zeitungssteuer ist es unendlich schwer, das, „was man nicht sieht", in seinem vollen Umfange nachzuweisen. Welcher Schaden kann dadurch entstehen, daß ein einziges Inserat unterbleiben muß! Welche Arbeitskraft kann dadurch lahm gelegt werden, daß Jemand in Folge der Vertheuerung der Inserate seine Dienste nicht gehörig ausbieten oder daß in Folge der Vertheuerung der Zeitungen sein Angebot nicht gehörig gelesen wird.

Daß die Staatsregierung in diesem Augenblicke den Zeitungsstempel in die neuerworbenen Provinzen einführt mit dem officiös ausgesprochenen Hintergedanken, ihn bald mit der Inseratensteuer zu vertauschen, zeigt, wie rücksichtslos man mit der Presse, gleichsam als mit einem vile corpus, experimentiren zu können glaubt. Man verkennt die weitverzweigten materiellen Interessen, die mit einer großen Zeitung und dem umfangreichen Kreise ihrer Mitarbeiter, die mit der Vermittelung von Angebot und Nachfrage durch sie verknüpft sind. Die nächste Folge in den neuen Provinzen wird eine ausgedehnte Arbeitslosigkeit der Setzer sein.

Was uns betrifft, so werden wir die Umwandlung des Zeitungsstempels in eine Inseratensteuer mit den Gefühlen eines Mannes vernehmen, dem man die Fesseln von den Armen nimmt, um sie ihm um die Beine zu legen. Wir theilen nicht die Befürchtung der Pessimisten, daß man von jedem Inserat eine gleich hohe Abgabe, ohne Unterschied der Länge, erheben wird; das wäre in der That eine arge Prägravation der ärmeren Klassen. Wir denken uns, daß man etwa das Vorbild von Bremen befolgen wird. Dort wird der Inseratentheil mit dem Zollstock gemessen. Die Petitzeile oder ihr Raum wird mit ¾ Grote Gold (4⅛ Pfennig preußisch Courant) besteuert. Die Petitzeile darf nicht mehr als 70 n umfassen, sonst tritt ein erhöhter Tarif ein. Die Abonnentenzahl ist gleichgiltig. Die Steuer trägt dem kleinen Bremen 15,000 Thlr. ein und drückt dort die Presse genau so wie bei uns der Stempel. Der Abonnementspreis kann herabgesetzt werden, dafür muß der Inseratenpreis erhöht werden, und der Ausfall an Inseraten vermindert die Abonnentenzahl, denen die Zeitung weniger Interesse bietet, um mindestens so Viele, als der billigere Preis heranlockt. Die Möglichkeit des Gedankenaustausches wird erleichtert und die Möglichkeit des Austausches an materiellen Gütern erschwert. So wie so wird die Thätigkeit gelähmt und das ist ein schwerer Fehler der Steuer.

Breslau, 16. Juli.

Der hiesige Wahlverein hat in seiner gestrigen Sitzung den Antrag, daß es bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht darauf ankomme, ob die vorzuschlagenden Candidaten für oder gegen die Reichsverfassung gestimmt haben, zum Beschluß erhoben. Die Majorität war gering, die geringste, die es überhaupt giebt; immerhin aber hat sich mit diesem Beschlusse der Wahlverein gegen jenen politischen Fanatismus erklärt, welcher nicht übel Lust hatte, alle jene, welche nach ihrer innersten Ueberzeugung für die Verfassung gestimmt, in eine Art von Acht und Bann zu erklären. Gab es doch in der gestrigen Versammlung noch Einzelne, welche mit wirklichem Ernste sich zur „entschiedenen Partei" rechnen, blos deshalb, weil sie gegen die Annahme der Verfassung seien. Nach dem Berichte, welchen wir unten mittheilen, versicherte ein Redner: „er würde gern für den Antrag stimmen, wenn er der Majorität sicher wäre". Das ist wohl das eigenthümlichste Zugeständniß, das je gemacht worden. Wir meinen: liegt ein Antrag im Interesse der Partei, so muß man für ihn sprechen und stimmen, gleichviel ob man der Majorität sicher ist oder nicht; man muß ihm eben die Majorität zu erringen suchen; im Gegentheil muß er mit allen Mitteln bekämpft werden, ebenfalls unbekümmert darum, ob man der Majorität sicher ist oder nicht. Bequemer ist es freilich, sich immer vorher der Majorität zu versichern. Sehr einverstanden sind wir mit dem Redner, welcher den Wunsch aussprach, daß die gegenseitigen Verketzerungen aufhören mögen; nur hätten wir gewünscht, daß das betreffende Mitglied, was ihm sehr leicht war, zugleich angegeben hätte, von welcher Seite denn sowohl in der Presse wie in den Versammlungen die Verdächtigungen zuerst ausgingen. Wir haben nicht gehört, daß in der Wahlvereinsversammlung, in welcher das Wort „Renegatenthum" fiel, von Seiten auch nur Eines Mitgliedes des jetzigen Vorstandes dagegen protestirt worden wäre; ist doch gestern wieder, wie es scheint, mit besonderer Vorliebe das Wort „Treugebliebene" gebraucht worden, obwohl hier in Breslau bekanntlich auch nicht Ein Mitglied des alten Wahlvereins sich von dem alten Programm der Fortschrittspartei losgesagt hat. Wer die Breslauer Verhältnisse kennt, kann auch hier wie in Sachen der „Entschiedenheit" das Lächeln nicht unterdrücken. Jedoch genug darüber; hoffen wir, daß nunmehr der gestern angenommene Grundsatz auch praktisch befolgt wird.

Einen eigenthümlichen Artikel bringt heute die feudale „Zeidl. Corresp." über die Stimmung und die Verhältnisse in Frankreich. Anknüpfend nämlich an die Debatten über die mexicanische Angelegenheit schreibt sie:

Die Aeußerung von Jules Favre: In einem freien Lande würde das Ministerium wegen des mexicanischen Unternehmens in Anklage versetzt worden sein, war offenbar an eine höhere Adresse als diejenige des Staats-Ministers Rouher gerichtet und in den französischen Regierungs-Kreisen giebt man sich auch über die Tragweite dieses Wortes unzweifelhalt keinen Illusionen hin. Damit wollen wir selbstverständlich nicht behaupten, daß diese Aeußerung des beredtesten Mitgliedes der französischen Opposition oder irgend eine andere der mehr oder weniger leidenschaftlichen Reden, welche in neuester Zeit in Paris gehalten sind, eine unmittelbar praktische Wirkung haben; aber bedeutungsvoll sind dieselben gleichwohl als Gradmesser für die politische Situation. Daß man es wagen darf, solche Dinge in Paris öffentlich zu verkündigen, deutet auf die Macht hin, welche die Opposition daselbst bereits gewonnen hat, und wir glauben schwerlich, daß der Kaiser Napoleon nach den gemachten Erfahrungen Neigung verspürt, den Weg der liberalen Concessionen im Sinne der Herren Thiers und Jules Favre zu betreten. Vielleicht sagt er sich heute bereits, daß er auf diesem Wege neuerdings weiter vorgegangen ist, als ihm dies wünschenswerth erscheinen muß, und die Versuchung, einen Schritt zurückzuthun, dürfte ihm näher liegen als diejenige zu einem weiteren Vorgehen. Ob aber dies in diesem Augenblick noch für ihn möglich ist? Wir bezweifeln es ebenso sehr, wie wir daran zweifeln, daß ihm ein auswärtiger Krieg zur Zeit erwünscht ist. Deshalb dürfte vielleicht dem Empire zunächst der Gedanke nahe liegen, es mit dem Socialismus zu versuchen.

Unter den Mittheilungen, die uns in der letzten Zeit über die in der italienischen Deputirtenkammer gepflogenen Verhandlungen über das Kirchengesetz zugegangen sind, verdienen besonders die von dem Abgeordneten De Sanctis (Minister unter Cavour) über die Stellung der Kirche zum Staate ausgesprochenen Bemerkungen eine nähere Beachtung. Derselbe fand nämlich zunächst in dem bisher eingehaltenen Verfahren die größten Widersprüche.

„Lamarmora habe das System einer Versöhnung mit Rom eingeweiht, während das Parlament die Einziehung der geistlichen Güter decretirte; Ricasoli habe die Bischöfe in ihre Diöcesen zurückgerufen, wo Niemand sie wiedergewollt, und Herr R. habe noch niemals mitgetheilt, was ihn zu diesem und anderen Schritten bewogen. Die conservative Partei habe sich also auch durch den Clerus verstärken wollen. Die Rollen seien gleichsam gewechselt: Die liberale Partei sei die conservative geworden, welche die Errungenschaften erhalten wollte, und die conservative habe sich plötzlich in die freiheitschwärmerische (freie Kirche im freien Staate) verwandelt. Wie sei aus solchem Wirrwarr herauszukommen? Herr De Sanctis zog hierauf eine interessante Parallele zwischen der Freiheit in den Vereinigten Staaten England u. s. w. und der importirten französischen Freiheit. Es gebe eine Freiheit, welche einen bestimmten Zweck, ein Programm habe, welche gewisse Probleme lösen wolle und dies sei die Freiheit der liberalen Partei, die nicht aus blasirten Leuten bestehe, sondern aus Leuten, welche einsehen, daß noch Manches zu thun übrig ist, welche aber auch der Freiheit ihre Grenzen anweisen wollen. . . . . Er setzte auseinander, daß der italienische Clerus sich keineswegs über Mangel an Freiheit beklagen kann; wenn aber der Clerus statt über Gott, Christus und das Evangelium zu reden, über Politik predigt und die Institutionen angreift, so geht er in seiner Freiheit zu weit. Welche moralische Stellung will man denn eigentlich dem Clerus einräumen? Was sollen die Unterhandlungen mit Rom, das stets mit einem: ich kann nicht, ich will nicht, antwortet? Wenn man den Gesetzentwurf (der Commission) nicht votirt, so werde man die Freiheit der Kirche haben, d. h. Alles dasjenige, was der Freiheit schnurstracks entgegenläuft; votire man ihn aber, so habe man ein Gesetz, eine Fahne, die uns schützt. Er selbst wolle die Unterdrückung der todten Hand, materiell und moralisch. Im Jahre 1848 habe es in Turin Männer gegeben, welche der Reaction zu widerstehen gewußt, er hoffe, daß jetzt, wo aus allen Gauen Italiens Abgeordnete versammelt seien, die Principien des Fortschritts und der wahren Freiheit nicht verletzt, sondern daß das angefangene Gebäude groß und herrlich vollendet werde.

Ueber die Thatsache, daß **Frankreich** seit einiger Zeit eine innigere Annäherung an Oesterreich sucht, kann man sich schwerlich mehr täuschen. Indeß handelt es sich, wie man der „N. Z." von Paris aus bemerkt, nicht darum, mit Oesterreich ein Bündniß von aggressivem Charakter abzuschließen; in Wien, so schreibt man jenem Blatte, hat man nur zu gegründete Ursachen, hierzu die Hand nicht zu bieten. Man scheint in Paris von Oesterreich zu verlangen, daß es auf Erfüllung aller im Prager Friedensvertrage enthaltenen Stipulationen ernstlich dringe und die genaue Ausführung dieses Tractates sowohl dem Geiste wie dem Buchstaben nach übernehme. Deshalb wird eine Zusammenkunft zwischen den beiden Kaisern gewünscht, an der jedoch in competenten Kreisen noch immer gezweifelt wird. — Was sonst im Allgemeinen die Besorgnisse, daß der Friede sich nicht ungestört werde behaupten lassen, betrifft, so fürchtet wenigstens das Publikums in Frankreich selbst, daß, je schiefer die Lage der Regierung im Innern wird, ihr desto eher die auswärtigen Verwicklungen als Ableiter dienen möchten. Nicht ganz ohne Grund macht man auch darauf aufmerksam, daß der in Paris anwesende König von Würtemberg im Palaste der Tuilerien außerordentlich „cajolirt" werde, daß die Könige von Belgien und Dänemark, die erwartet werden, ebenfalls für weitgreifende Pläne gewonnen werden sollen u. s. w. „Ziehen Sie", schreibt man mit Beziehung hierauf der „Magdeb. Ztg.", „dabei die militärischen Maßregeln — Pferdeankäufe, Wiederherstellung der vor mehreren Monaten aufgelösten zwei Compagnien jedes Infanterie-Regiments, sowie die ernstliche Sprache eines Theils der officiösen Presse gegen Preußen in Betracht — und Sie werden sich nicht darüber wundern, daß das Publikum der nahen Zukunft mit Besorgniß entgegensieht. Meine persönliche Ansicht ist, daß diese Besorgnisse noch viel begründeter sind, als das Publikum selbst weiß. Hoffentlich weiß man es aber in Berlin."

Im Uebrigen sind es gegenwärtig besonders nur zwei Gegenstände, welche von den französischen Blättern sowohl wie vom großen Publikum lebhaft besprochen werden; zunächst die ungewöhnliche Auszeichnung, welche dem Staatsminister Rouher durch den Kaiser in diesen Tagen zu Theil wurde, sodann aber die bedauernswerthen Vorfälle, bei denen namentlich die Söhne des Ministers Duruy eine so unrühmliche Rolle gespielt haben (siehe „Paris") und die man nicht mit Unrecht als ein Symptom jener Versumpfung betrachtet, welcher gerade die sogenannte höhere Gesellschaft des Kaiserreiches in gewissen Regionen anheimfiel. Der Glaube, daß Rouher bereits wieder fester als je stehe, will sich trotz jener Ehrenbezeigung noch keineswegs allgemein einstellen, was bei den Angriffen, die derselbe nicht allein im gesetzgebenden Körper, sondern ebenso auch in der Presse zu erfahren hat, wohl auch erklärlich ist. Natürlich übernehmen übrigens die officiösen Blätter die Vertheidigung des Staatsministers, dessen Verdienste als Staatsmann und Redner sie bis in die Wolken erheben, während sie seine Gegner als schlechte Bürger denunciren, denen die Befriedigung ihrer politischen Leidenschaften mehr gelte als der Ruhm und die Größe Frankreichs. Am liebsten möchten sie die Opposition für das Mißlingen der mexicanischen Expedition und die traurigen Folgen derselben verantwortlich machen, was ihnen freilich nicht möglich ist.

In **England** beschäftigen sich, nachdem die Reformbill bereits so gut wie abgethan ist, beide Häuser des Parlaments hauptsächlich mit auswärtigen Angelegenheiten, wie Mexico, Abyssinien ꝛc. Was Abyssinien betrifft, so werden die schon gehegten Vermuthungen, daß man endlich auf kriegerischem Wege gegen dasselbe vorgehen wolle, mit aller Entschiedenheit widerlegt. Indeß ist es nicht zu leugnen, daß es das Ansehen Englands im ganzen Orient ist, welches bei dieser Angelegenheit mit auf dem Spiele steht.

Deutschland.

VV. **Berlin**, 15. Juli. [Die Lage der annectirten Provinzen.] Als das Abgeordnetenhaus im vorigen Sommer das Annexionsgesetz fast einstimmig genehmigte, ahnte, außer den Ministern, wohl Niemand, in welcher Ausdehnung das Ministerium von der ihm bis zum 1. October d. J. ertheilten Vollmacht Gebrauch machen würde. Schwerlich hätte sich sonst für das Gesetz, wie es nach langen Berathungen aus der Commission hervorgegangen war, eine Majorität gefunden. Die Mehrheit der Commission wünschte sofortige Einführung der preußischen Verfassung; dahin zielende Anträge wurden von Kirchmann, Bockum-Dolffs u. A. gestellt, scheiterten aber an dem Widerstande der Regierung, welche unter jeder Bedingung plein pouvoir haben wollte. Die Aufrechthaltung der kleinstaatlichen Verfassungen, von denen ohnedies nur die kurhessische der Bewahrung werth war, hätte zur Personalunion, der bedenklichsten aller Staatsformen, geführt, wäre auch gegenüber der Regierung nicht durchzusetzen gewesen. So mußte denn die damals noch ungetheilte Fortschrittspartei im Verein mit den anderen liberalen Fractionen sich begnügen, der Dictatur in den neuen Provinzen einen festen Endtermin zu stellen und den 1. October als Beginn der Herrschaft unserer Verfassung zu fixiren. Damals ließ sich der Gang der Reichstagsverhandlungen nicht voraussehen, und von Waldeck bis Schwerin glaubten die Abgeordneten durch ihren Beschluß den annectirten Ländern eine Wohlthat zu erweisen. Sie haben sich, wie die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, geirrt; aber nicht sie tragen die Schuld an dem Irrthum. Aus den Aeußerungen der Minister in der Commission, wie bei den Plenarverhandlungen glaubten die Abgeordneten entnehmen zu müssen, die Regierung werde sich auf Verordnungen beschränken, welche die Uebergangszeit betreffen, alle tief eingreifenden Neuerungen aber der Gesetzgebung überweisen, sobald das Abgeordnetenhaus durch Zutritt der neupreußischen Abgeordneten vervollständigt wäre. Am wenigsten dürfte man erwarten, daß das Finanz- und Justizwesen auf absolutistischem Wege geregelt, daß neue Steuern und neues Strafverfahren octroyirt würden. Die Erhaltung der hannoverschen Gerichtsverfassung, deren gewaltige Vorzüge vor der preußischen von der Wissenschaft anerkannt sind, wie des kurhessischen Justizwesens wurden sogar bei den Debatten ausdrücklich betont. Dagegen hätte man der Regierung bei Beseitigung der Spielhöllen und der ritterschaftlichen Convente gern freie Hand gelassen. Das Gegentheil des Erwarteten geschieht; aber daß es geschieht, daran ist nicht, wie die hessischen Blätter jetzt schreien, die liberale Partei in Preußen schuld, die in all' ihren Nuancen von der besten Absicht beseelt und jedenfalls kurhessischer gesinnt war als die Mitglieder der kurhessischen Ständeversammlung, die es etwas gar zu eifrig hatten, Rechte aufzugeben, deren Verlust sie jetzt beseufzen. Es ist immer eine precäre Sache, einer Regierung carte blanche zu ertheilen.*)

Berlin, 15. Juli. [Staatsschatz und Staatseigenthum in den neuen Landestheilen.] Der „Staatsanz." schreibt: In Nr. 63 der Gesetz-Sammlung ist eine allerhöchste Verordnung vom 5. d. M. publicirt, durch welche die Verwaltung der in den neu erworbenen Landestheilen vorhandenen, zum Staatseigenthum gehörigen Activcapitalien-Fonds, soweit sie nicht für specielle Verwaltungszwecke bestimmt sind, an die General-Staatskasse in Berlin überwiesen, ferner die Verwaltung und Verwendung der Bestände und der Aufkünfte dieser Fonds unter diejenigen allgemeinen Bestimmungen und Grundsätze gestellt, welche überhaupt für die Verwaltung und Verwendung von Staatsgeldern maßgebend sind und endlich die in Gesetzen und Verordnungen der neu erworbenen Landestheile vorhandenen Bestimmungen, welche dieser Verordnung zuwiderlaufen, aufgehoben werden.

In einigen von den neu erworbenen Landestheilen sind unter den Beständen der Finanzverwaltung Activ-Capitalien-Fonds vorhanden, welche zum Staatseigenthum gehören. Dieselben sind durch den Act der Vereinigung dieser Länder mit der preußischen Monarchie Bestandtheile des preußischen Staatsvermögens geworden.

Es kommen hierbei hauptsächlich in Betracht: in Hannover der Domanial-Ablösungs- und Veräußerungsfond, in Kurhessen der Staatsschatz und der Laudemialfond, in Schleswig-Holstein Capitalbestände, welche aus Verwaltungs-Ueberschüssen der letzten Jahre angesammelt sind, und in Nassau Capitalbestände bei der Domainen-Verwaltung. Diese Fonds werden bis jetzt noch an den bisherigen Stellen, nämlich bei der Generalkasse in Hannover, der

---

*) Wir haben uns bereits gestern in der politischen Uebersicht in ähnlicher Weise über diese Verhältnisse ausgesprochen. D. Red.

Haupt-Staatskasse in Kassel, der Hauptkasse in Rendsburg und der Staatskasse zu Wiesbaden, der kurhessische Staatsschatz neben der Haupt-Staatskasse zu Kassel von einer besonderen Direction verwaltet. Da es im Werke ist, alle die Kassen, insoweit sie bisher Central-Staatskassen waren, eingehen und an deren Stelle lediglich Regierungs-Hauptkassen nach dem Muster der in den alten Provinzen bestehenden treten zu lassen, so ist es erforderlich, diesen Kassen diejenigen Geschäfte abzunehmen, welche in den Bereich der Central-Finanz- und Kassen-Verwaltung fallen. Die Verwaltung jener Fonds wird danach an die General-Staatskasse in Berlin übergehen.

Es würde, um diesen Uebergang zu bewerkstelligen, einer förmlichen Verordnung nicht bedurft haben, wenn nicht für einzelne von jenen Fonds in Bezug auf die Verwaltung und die Bedingungen einer etwaigen Verwendung besondere gesetzliche Bestimmungen bestanden hätten. Diese sind durch die allerhöchste Verordnung aufgehoben und es sind an deren Stelle die oben angeführten Bestimmungen gesetzt worden, durch welche für jene Fonds nunmehr das gleiche Recht hergestellt ist, welches in Preußen allgemein für die Verwaltung und Verwendung von Staatsgeldern in Geltung ist.

Aus den neuen Provinzen waren hie und da Wünsche laut geworden, daß dieser oder jener Fond den betreffenden Landestheilen als Provinzialfond belassen werden möge. Der Erlaß der Verordnung zeigt, daß überwiegende Gründe es der Staats-Regierung nicht haben statthaft erscheinen lassen, diesen Wünschen zu entsprechen. Es mag dies von denen bedauert werden, welche derartige Wünsche kundgegeben haben. Aber sie werden der Maßregel Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn sie in Betracht ziehen, welche Stellung die Staatsregierung im Hinblick auf das Staatsganze in dieser Frage nothwendig einnehmen muß.

Der Staats-Regierung ist durch die Ereignisse des vergangenen Jahres die Aufgabe geworden, die altpreußischen Landestheile und die neu erworbenen Gebiete zu einem einheitlichen Staatswesen zu verschmelzen. Den neuen Provinzen ist Schonung berechtigter Eigenthümlichkeiten zugesagt worden und es wird solche sicherlich gewährt werden. Aber die Grenze für den Bereich, in welchem die Fortdauer bestehender Besonderheiten möglich ist, ergiebt sich durch das unerläßliche Erforderniß der Staats-Einheit. Das kirchliche, das communale Leben, das Privatrecht, die Organisation der Verwaltung in den Local-Instanzen zeigt auch in den alten Provinzen nach Land und Leuten eine reichhaltige Mannigfaltigkeit. Den neuen Landestheilen werden ihre Besonderheiten auf diesen Gebieten thunlichst gewahrt bleiben. Aber es giebt ein Gebiet, auf welchem jede Besonderheit zu einer Bevorzugung oder Benachtheiligung gegen die übrigen Staatsangehörigen wird; das ist das Gebiet, auf welchem es sich um die Betheiligung an den Staatslasten und um die Nutzung des Staatsvermögens handelt. Hier muß Gemeinschaftlichkeit und Gleichheit durch alle Theile des Staatsgebietes walten. Dieses Princip hat dazu bestimmt, die neuen Landestheile in Bezug auf die Besteuerung mit den alten Provinzen auf gleichen Fuß zu setzen. Von demselben Grundsatz aus ist in Aussicht genommen, die Staatsschulden der neu erworbenen Gebiete mit der preußischen Staatsschuld derart zu verschmelzen, daß es fortan nur Eine preußische Staatsschuld giebt, von welcher alle Staatsangehörigen in gleicher Weise belastet werden. Es ist nur die andere Seite desselben allgemeinen Princips, daß auch das in den neuen Landestheilen vorhandene Staatsvermögen mit dem übrigen preußischen Staatsvermögen unterschiedslos verschmolzen und zugleich mit diesem künftig für allgemeine Staatszwecke in einer allen Staatsangehörigen in gleichem Maße zu Gute kommenden Weise genutzt und verwendet wird.

Es würde geradezu gegen die Gerechtigkeit verstoßen, wenn das in den neuen Provinzen vorhandene Staatsvermögen oder Theile desselben diesen Provinzen als Sondervermögen ausgesetzt werden sollten, während an dem in dem älteren Staatsgebiet vorhandenen Vermögen fortan, wie alle Staatsangehörige, so auch diejenigen in den neuen Provinzen Theil haben werden. Oder wollte man etwa den Anspruch zulassen, daß auch Bestandtheile des bisherigen preußischen Staatsvermögens, etwa der Staatsschatz unter Ausschließung der neuen Landestheile, als ein gemeinschaftlicher Provinzial-Fond für die acht alten Provinzen des Landes ausgesetzt werde?

Für die neuen Provinzen werden fortan, wo es die Aufwendung öffentlicher Mittel zur Förderung der Wohlfahrt gilt, die Gesammtmittel des Staates eintreten, und diese gestatten wirksamere Verwendungen, als sie aus Provinzial-Fonds von immerhin beschränktem Umfange gegenüber größeren Aufgaben möglich sind. Wir glauben, die neuen Provinzen werden so sich besser gestellt finden, und sie werden nunmehr, wenn sie Bedürfnisse zur Sprache bringen, nicht zu erwarten haben, sich auf ein aus dem Staatsgut für sie ausgeschiedenes Sondervermögen verwiesen zu sehen.

♂ [Die Landwirthschaft und die Pariser Ausstellung.] Der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten v. Selchow beabsichtigt in dieser Woche seine Reise in die neuen Landestheile anzutreten. — In Betreff der Erwerbungen für das hiesige landwirthschaftliche Museum haben in neuester Zeit besonders die badischen, hessen-darmstädtischen und niederländischen Commissarien in Paris ein großes Entgegenkommen gezeigt. Ebenso haben sich mehrere Eigenthümer hervorragender französischer Sammlungen bereit erklärt, dieselben geschenkweise dem Museum zu überlassen. — Die „Annalen der Landwirthschaft in den königlich-preußischen Staaten" werden am nächsten Mittwoch das Verzeichniß der Prämiirungen bringen, welche bei der französischen Ausstellung in Preußen und Deutschland auf die Landwirthschaft gefallen sind. In den Kreisen der Landwirthe und der Gönner der Landwirthschaft herrscht allgemeine Verstimmung über die auffallende Zurücksetzung, welche auf der Pariser Ausstellung den landwirthschaftlichen Klassen derselben zu Theil geworden ist. Es hat sogar in Frankreich ein peinliches Aufsehen gemacht, daß auch die französische Landwirthschaft so sehr hintenangesetzt worden ist. Die französische Presse spricht ihren Tadel darüber mit großer Energie aus. Es ist dies allerdings auch um so beklagenswerther, wenn man erwägt, daß Industrie und Kunst in den Ausstellungen einen materiellen Anreiz haben, während der ausstellende Landwirth keinerlei materiellen Vortheil daraus ziehen kann und Zeit, Geld und Mühe allein für die Landesehre opfert. Weder auf der großen Ausstellung in Paris im Jahre 1855 noch auch in London im Jahre 1862 ist jemals eine organisch-gegliederte Ausstellung der preußischen landwirthschaftlichen Producte zu Stande gekommen. Das ist jetzt zum ersten Male erfolgt ist; die geringe Aufmunterung und Anerkennung indessen, welche diese landwirthschaftliche Abtheilung der Ausstellung gefunden, hat einen förmlichen Widerwillen hervorgerufen, künftighin sich etwa wieder an derartigen Ausstellungen zu betheiligen. — Die Art der Vertheilung, z. B. der goldenen Medaillen für Weine, und zwar an französische Aussteller einige 40, an österreichische 12, portugiesische 10, spanische 8, preußische gleichfalls 8 und zwar nur für Weine aus dem ehemaligen Herzogthum Nassau, läßt schwer auf die Gleichmäßigkeit des Maßstabes schließen.

Aus Nordschleswig, 12. Juli. [Zur Berichtigung] der dänischen Ausstreuungen schreibt die Haderslebener „Nordschl. Tid."

Vorliegende amtliche Zeugnisse gehen kurz zusammengefaßt dahin: 1) daß kein Nordschleswiger nach Dänemark gegangen ist, der nicht im militärpflichtigen Alter gestanden; 2) daß mithin nur die Abneigung gegen den Militärdienst überhaupt, nicht irgend welche Sympathien für Dänemark und noch weniger ein Bewußtsein dänischer Nationalität die Flüchtlinge der Heimath entführt hat und daß sie auch nicht Alle nach Dänemark gegangen sind, sondern theilweise die Gelegenheit benutzt haben, von dort nach Amerika auszuwandern, was ihnen hier ja nicht gestattet ward; 3) daß von den zu den Controlversammlungen einberufenen Landwehrmännern nur weniger Fanatiker oder vielleicht gar keine nach Dänemark gegangen wären, wenn hier nicht ein geheimer Verein bestanden hätte, welcher durch Einschüchterung, Geld und falsche Vorspiegelungen von einer baldigen Rückkehr des dänischen Regiments und dessen Bestrafungen die Leute zur Flucht angetrieben; 4) daß endlich kein Fall vorgekommen ist, wo irgend ein Schleswiger gewaltthätig oder in einer Weise behandelt worden, welche im Widerspruch mit dem Prager Friedensvertrage stände.

Damit fällt das ganze Gebäude der von den dänischen Agitatoren erhobenen Anklagen gegen Preußen zusammen.

Hannover, 12. Juli. [In Hietzing] soll Alles zu einer Reise des Königs Georg nach Paris vorbereitet sein. Da der ganze Hofstaat den König begleiten wird, so vermuthet man, daß der König in Paris seinen dauernden Wohnsitz zu nehmen beabsichtigt. Ist dem so, dann müßte man glauben, daß an dem Schritte des Königs die französische Politik nicht unbetheiligt sei. Die unfreundliche Sprache, welche officiöse Organe der französischen Presse gegen Preußen führen, unterstützt allerdings eine solche Ansicht. Bei der großen Mehrzahl der hannoverschen Anhänger des Welfenhauses würde es aber sicherlich einen sehr unerfreulichen Eindruck hervorbringen, wenn König Georg seine Sache zu einer gemeinsamen mit den französischen Eroberungsgelüsten machte. So wenig es auch das jetzige Gouvernement verstanden hat, preußische Sympathien in der eroberten Provinz zu wecken, und so groß die Mißstimmung über den neuen Steuerdruck auch sein mag: so werden doch nicht Viele eine Aenderung der jetzigen Zustände durch französische Einmischung herbeiwünschen. Indessen ist es auch möglich, daß der König nur seiner Gemahlin Platz in Hietzing machen will, wo die bisher von demselben bewohnte Villa zu klein sein mag, um die Umgebungen Beider aufzunehmen. (Fr. Z.)

Mainz, 12. Juli. [Das Einbringen eines französischen Soldaten] in vollständiger Uniform auf den Holzthurm erregte heute allgemeine Aufmerksamkeit. (M. Abl.)

Frankfurt, 14. Juli. [Deputation.] Wie der „A. A. Z." glaubwürdig versichert worden, wird eine Deputation der städtischen Behörden nach Ems abreisen, um bei dem König persönlich die Interessen der Stadt in Sachen der Auseinandersetzung des Staats- und städtischen Vermögens zu vertreten. Die Deputation besteht von Seite des Senats aus den Senatoren Dr. Berg, Dr. Mumm und Dr. von Oven, von Seite des 51er Collegiums aus den HH. Graubner und Scharff-Mayer. Dieselbe soll morgen vom König empfangen werden.

Die „H. N." bringen darüber noch folgende Correspondenz:

Soeben verlautet, daß nächsten Montag eine städtische Deputation zu dem Könige nach Ems gehen und demselben in der Lotterie-Angelegenheit Vorstellungen machen werde. Was das Gerücht weiter erzählt, erwähnen wir nur zur Kennzeichnung der augenblicklichen Stimmung, ohne besonderen Werth darauf zu legen, denn noch jedes Mal, wenn wir von Berlin aus mit unliebsamen Maßregeln heimgesucht worden, sind Gerüchte ähnlichen Inhaltes aufgetaucht, vielleicht nur ersonnen, um der Mißstimmung einen Dämpfer aufzusetzen. Es wird also erzählt: Herr v. Madai habe vorgestern Abend, als der Telegraph die Nachricht von der Aufhebung der Lotterie hierher gemeldet, das 51er Colleg um eine Conferenz ersucht und in dieser mitgetheilt, er habe sofort nach Berlin geschrieben und hoffe noch einen Aufschub zu erwirken. Bei seiner neulichen Anwesenheit in der Residenz habe der König die wohlwollendsten Aeußerungen über Frankfurt gemacht und u. A. gesagt, wenn es wirklich wahr sei, daß die Minister zu wenig rücksichtsvoll gegen Frankfurt vorgingen, so werde er unsere Angelegenheit selbst in die Hand nehmen; er werde es deshalb gerne sehen, wenn eine Frankfurter Deputation zu ihm käme 2c. Diese Mittheilung oder eine ähnliche soll nun eben Veranlassung geworden sein, daß sich die Deputation übermorgen auf den Weg nach Ems machen will.

Oesterreich.

Wien, 15. Juli. [Dementi. — Wunsch.] Die „Wiener Abendp." bringt folgendes Dementi: „Ein hiesiges Morgenblatt reproducirt aus Provinzialblättern beunruhigende, ein Mitglied des allerhöchsten Kaiserhauses betreffende Nachrichten. Wir sind in der Lage, dieselben schlechthin als erfunden zu bezeichnen und müssen bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck geben, daß in Zukunft ein natürliches Anstandsgefühl die Blätter von der Veröffentlichung derartiger Nachrichten abhalten werde, deren Verbreitung mit den gewiß allseitig vorauszusetzenden Gesinnungen schuldiger Ehrfurcht für die Mitglieder des allerhöchsten Kaiserhauses nicht vereinbar ist." (Welches Mitglied des „allerhöchsten Kaiserhauses" gemeint ist, wird nicht gesagt.)

Ferner bringt die „Wien. Abdp." folgenden Wunsch: Die k. preuß. Regierung hat officiell erklärt: daß die zuerst durch die französische Presse publicirte angebliche Depesche des k. Gesandten am kais. Hofe, Freiherrn v. Werther, nicht existire.

Wie die kaiserliche Regierung von dem Vorgange überhaupt nicht Anlaß zu einer Erörterung genommen hat, so muß sie nach der erwähnten Erklärung um so mehr wünschen, daß eine weitere Polemik über diesen Gegenstand nicht stattfinde.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Juli. [Mexicanisches.] Die französische Regierung hat es übel vermerkt, daß Lord Derby die bekannte Depesche des hiesigen englischen Geschäftsträgers, Herrn Fane, im Oberhause vorgelesen hat. Zur Erklärung dieser Depesche, schreibt man der „M. Z.", erfahre ich Folgendes: Der Minister des Auswärtigen, Herr v. Moustier, hatte in einer Unterredung mit Herrn Fane diesem den Inhalt einer Depesche des Herrn Dano vom 24. Juni mitgetheilt. In dieser Depesche meldete Herr Dano unter Anderem: „In der Stadt Mexico verbreitete sich das Gerücht, die Juaristen würden mich als Geißel für Almonte zurückhalten. Dieses Gerücht scheint mir aber keine Beachtung zu verdienen." Herr Fane hat dies falsch verstanden und dem Lord Derby telegraphirt: „Herr Dano meint, daß er besorge, als Geißel zurückgehalten zu werden." So wird die Sache an den officiellen Orten dargestellt, ohne jedoch überall Glauben zu finden. Die officiöse „France" sagt dasselbe, leugnet aber nicht, daß man sich von Seiten der Juaristen auf alles gefaßt machen müsse. Gewiß ist, daß die Regierung seit jener Depesche des Herrn Dano ohne Nachrichten ist. Wenn die „France" bramarbasirt, Frankreich würde im schlimmsten Falle Herrn Dano schon mit Gewalt der Waffen zu befreien wissen, so ist das zum Lachen. Das „Memorial diplomatique" will wissen, nebst Maximilian seien seine sämmtlichen Unglücksgefährten (mehrere hundert) erschossen worden und Juarez wolle den Leichnam Maximilian's nur gegen eine zu fixirende Summe herausgeben. Die Bestätigung dieser beiden Angaben ist abzuwarten. — Der österreichische Admiral Tegetthoff befindet sich seit gestern in Paris. Er soll sich in Begleitung eines französischen Generals zunächst nach New-Orleans und von da an Bord des Dampfers „Elisabeth" begeben, um die Auslieferung von Maximilian's Leichnam zu betreiben. Man behauptet, daß im Schlosse zu Laeken bei Brüssel Vorbereitungen zur Aufnahme der unglücklichen Charlotte getroffen würden, der die Aerzte angerathen hätten, Miramare zu verlassen. — Es bestätigt sich, daß der Herzog von Aumale (nicht, wie die „Independance" gemeldet, Louis Blanc) im Besitze der Papiere ist, welche Kaiser Maximilian s. Z. nach Europa befördern ließ. — Bei dem heute Morgen in der deutschen Kirche abgehaltenen Trauergottesdienste für Kaiser Maximilian hatte sich eine für die Kirche zu große Menge eingefunden, darunter der größte Theil des diplomatischen Corps, an dessen Spitze sich Fürst Metternich befand, viele österreichische Offiziere in Uniform, viele französische Beamte, eine Masse Oesterreicher und eine große Anzahl Damen der eleganten Welt. Auffallend war es, daß, obgleich heute jüdischer Feiertag, sich eine viel größere Anzahl Israeliten (darunter auch die Rothschilds) als Christen eingefunden hatte. Die Feierlichkeit war um 12¼ Uhr zu Ende. Es wurde bemerkt, daß der Kaiser nicht vertreten war und die höchsten Staatsbeamten sich nicht eingefunden hatten. Man behauptete, daß dies nach dem Gottesdienste, der gestern in den Tuilerien stattfand, nicht statthaft gewesen sei.

[Auszeichnung für Rouher.] Das halbofficielle „Pays" bringt folgende Mittheilung:

„Die Rede des Herrn Ollivier (vergl. d. gestr. Mittagbl. D. R.) hat heute eine klarere und deutlichere Antwort erhalten, als der ehrenwerthe Redner wahrscheinlich vermuthet hat. Der Kaiser hat an Herrn Rouher den brillantenen Stern zum Großkreuz der Ehrenlegion nebst einem Handschreiben übersandt, welches nächstens im „Moniteur" erscheinen wird."

Es wird jene Auszeichnung den Personen zu Theil, welche bereits das Großkreuz der Ehrenlegion besitzen (der Werth des Sternes beträgt

---

Kurhessisches.

Reisebriefe von Otto Glagau.

III.

Die nordwestliche Erweiterung der Ober-Neustadt ist die Friedrich-Wilhelmsstadt, der neueste Stadttheil, nämlich eine Schöpfung des letzten Kurfürsten und von ihm als Kurprinz-Mitregent im Jahre 1834 merkwürdigerweise mit dem Baue des Ständehauses begonnen. Es ist den römischen Palästen aus dem 16. Jahrhundert nachgebildet, läßt aber wie alle neueren Gebäude dieser Art durch Mangel an Einfachheit und Würde den Ausdruck seiner Bestimmung vermissen. Das Hauptgebäude enthält die Sitzungszimmer für die verschiedenen Ausschüsse, das landständische Archiv, die Wohnungen für den Landsyndicus und die Pedelle, sowie die im gothischen Styl decorirten Appartements für den Landesherrn, an welche sich im Hintergebäude der 90 Fuß lange und 42 Fuß breite Sitzungssaal schließt. Er erhält sein Licht durch das Gewölbe, seine Wärme durch mehrere in den Souterrains angebrachte Heizöfen und enthält außer den Sitzen für die Deputirten noch Gallerien für etwa 300 Zuhörer. Am 22. November 1836 wurde er durch Eröffnung der Ständeversammlung eingeweiht. Die neueste Phase deutscher Geschichte hat auch dieses Palais, so stattlich und wohleingerichtet, daß es den Neid und die Sehnsucht unserer preußischen Abgeordnetenkammer erregen müßte, urplötzlich in Ruhestand versetzt; es sei denn, daß man ihm eine andere Bestimmung gebe, aber welche?

Von hier sind es nur wenige Schritte bis zum Garde-du-Corps-Platze mit seiner großen Kaserne und dann befindet man sich schon wieder in der Ober-Neustadt und gelangt durch die Wilhelmshöhenstraße auf den Meßplatz und weiter links zu dem Carlsplatz, auf dem sich die von dem Bildhauer Egers zu Rom aus weißem italienischen Marmor gefertigte Statue des Landgrafen Carl erhebt.

Er ist, wie schon gesagt, der Begründer der Ober-Neustadt, und auch die reizende Carlsaue, Kassels Diadem, ist sein Werk. Dieser ebenso prachtliebende wie kunstsinnige Fürst gehört zu den genialsten Herrschern seiner Zeit und zu den verdienstlichsten der hessischen Lande. Er nahm die flüchtigen französischen Hugenotten auf und bevölkerte dadurch sein Land mit gewerbfleißigen Menschen, die außer der Ober-Neustadt noch die Stadt Carlshafen und 28 Colonien anlegten; er hatte den großartigen Plan, die Weser mit dem Rheine zu verbinden! er gründete zu Kassel eine Akademie und umgab sich mit den ersten Männern in Kunst und Wissenschaft. Unter ihm wurde Münnich zu seiner glänzenden Laufbahn herangebildet, welche dieser später als russischer General-Feldmarschall durchlief; an seinem Hofe lebten der große Staatsmann Johann Christian von Boineburg, der gelehrte Landgraf Ernst von Hessen-Rotenburg und der berühmte Jurist Estor von Schweinsberg. Er zog den 1723 aus Preußen vertriebenen Philosophen Wolf nach Marburg und ebendahin den wegen seiner Religion aus Paris geflüchteten Arzt Papin. Bekanntlich ist dieser der Erfinder des nach ihm benannten Papinianischen Kochtopfs (Digestor). Von ihm ging aber auch zuerst die Idee der Kolbendampfmaschine aus, welche Idee er bei dem damals beabsichtigten Canal von Kassel nach Carlshafen nutzbar zu machen gedachte. Nicht nur Entwurf und Modell einer Dampfmaschine für das zu jenem nöthige Schleusenwerk wurden von ihm angefertigt, sondern auch der Guß der wirklichen Maschinentheile zu Weckerhagen ausgeführt. Weil aber dann das ganze Unternehmen in's Stocken gerieth, so ward auch jene Erfindung nicht weiter ausgebildet. Aber heute noch ist der Dampfcylinder jener Maschine in Henschel's Fabrik in Kassel zu sehen, wo er als Merkwürdigkeit aufbewahrt wird. Ein neuer Beweis, daß die Erfindung der eigentlichen Dampfmaschine in Deutschland früher als anderswo geschehen ist; wie denn factisch damals auch in Kassel der erste Versuch gemacht ward, sie auf die Schifffahrt, ja als Dampfkanone auf das Geschütz anzuwenden.

Landgraf Carl glänzt ferner durch seine politische Thätigkeit und die von ihm geschaffene Kriegsmacht, wodurch er im Ausgange des 17. und in den ersten dreißig Jahren des 18. Jahrhunderts auf die Geschicke und Gestaltungen Europa's vielfach einwirkte, fast an allen damaligen Kriegen und diplomatischen Unterhandlungen sich betheiligte. Während Deutschland im Westen durch die Ländergier Ludwig's XIV. im Osten durch einen neuen Einfall der Türken bedroht war, die übrigen Reichsstände dagegen sich lässig und thatlos zeigten oder wohl gar auf die Seite des Reichsfeindes traten, vermehrte der Landgraf, von der widerspänstigen Ritterschaft ohne alle Unterstützung gelassen, sein Heer durch Anwerbung von Söldnern und gab ihm eine den Fortschritten der Kriegskunst entsprechende Gliederung. Sein Geschützwesen war beispielsweise so ausgezeichnet, daß schon früher der große Kurfürst um Ueberlassung von 12 hessischen Stückschützen als Instructoren für die brandenburgische Feldartillerie gebeten hatte. Von Landgraf Carl her datirt der Ruhm der hessischen Söldner. Sie fochten auf Seiten der Venetianer und des Kaisers, vor Negroponte und Belgrad gegen die Türken; sie schlugen im spanischen Erbfolgekriege Ludwig XIV. unter Eugen von Savoyen und Marlborough bei Blenheim wie bei Oudenarde und Malplaquet, und sie halfen das Haus Hannover auf den englischen Thron setzen.

Was aber dem Landgrafen Carl und dem hessischen Volke zum Ruhme gereichte, indem das Söldner- und Condottieriwesen damals allgemein üblich und im Geiste der Zeit begründet war, die hessischen Söldner auch stets auf Seiten des Rechts, der Vernunft und Freiheit fochten: wurde unter seinen Nachfolgern schnöde Menschenmäkelei, verbrecherischer Schacher mit dem Blute und Leben der eigenen Landeskinder, indem diese, ohne Rücksicht auf Freund und Feind, oft gleichzeitig an die beiderseitigen Kriegführenden, beispielsweise an Maria Theresia und auch an ihre Gegner, die Wittelsbacher, und endlich sogar über den Ocean hin verkauft wurden, um dort gegen die Freiheit Nordamerika's zu fechten.

Das sind allgemein bekannte Thatsachen, von allen Geschichtsschreibern einstimmig verurtheilt; trotzdem hat ein Herr Dr. Bezzenberger zu Kassel in einem 1861 erschienenen Schriftchen: „Die weltgeschichtlichen Momente der Geschichte Hessens" die Keckheit, solchen Verdammungsspruch als den einer „unwissenden oder parteiisch befangenen Menge" zu kritisiren; er hat die Stirne, folgende Behauptung aufzustellen: „Niemals ist die hessische Kriegsschaar, wie das in Würtemberg wohl geschah, nur als Waare oder als Spielzeug fürstlicher Laune behandelt worden, sondern stets ein nach bester Einsicht ihrer Wehrherren sorgsam gepflegter, Achtung gebietender Wehrkörper, ein wahres Kleinod der hessischen Fürstenkrone, der Stolz ihres Landes gewesen." — Hinterher fällt es Herrn Bezzenberger selber ein, daß dieser Satz in der Theilnahme Hessens an dem Kriege Großbritanniens gegen seine nordamerikanischen Colonien denn doch „eine Ausnahme erleidet"; aber er findet für diese „Ausnahme" sofort eine Entschuldigung darin, „daß in der Ansicht der meisten der damaligen Zeitgenossen die Nordamerikaner anfänglich wenigstens als Rebellen gegen ihre Regierung galten".

Es soll dies Geschichtchen nur zeigen, welche Corruption der Geister und Gemüther in einem deutschen Kleinstaate, unter der Regierung eines kleinen deutschen Tyrannen möglich ist, und was ein deutscher „Gelehrter" nicht Alles zu behaupten wagt und beweisen will.

Herr Bezzenberger zieht sogar aus dem Schacher mit den Landeskindern den frohlockenden Schluß: „Ja, heute haben wir noch den Nutzen davon; denn wenn das Land Hessen niemals fürstliche Schulden zu zahlen hatte, wenn heute noch Domänen und Waldungen ein herr-

60,000 Fr.); bis jetzt haben dieselbe nur der verstorbene Herzog von Morny und Graf Walewski erhalten.

[In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers] wurde von Seiten der Opposition die Erklärung abgegeben, daß dieselbe die beim Etat des Ministeriums des Aeußern beabsichtigte Discussion über die deutsche Frage bis zur Discussion des Militär-Etats vertage. Garnier-Pagès regte die Reform des Seerechts in Betreff Abschaffung der Kaperbriefe und die Schöpfung eines internationalen Handelsgesetzbuchs an; der Minister Rouher versicherte, daß die Regierung in beiden Richtungen ihr Möglichstes thue. Larrabure kommt auf das vorjährige Bombardement von Valparaiso zurück und spricht die Erwartung aus, daß Spanien sich zur Erstattung des durch diesen ungerechten Act den französischen Staatsangehörigen zugefügten Schadens verstehen werde. Quesne beklagt sich darüber, daß die Vereinigten Staaten betrügliche Bankerottirer an Frankreich nicht ausliefern. Dem ersteren Redner antwortet Rouher, daß er mit ihm in der Mißbilligung des Bombardements einer offenen Stadt einig sei. Es sei nutzlos gewesen, sich solcher Gewaltthaten gegen eine offene Stadt schuldig zu machen, die zugleich die dem kriegführenden Lande Angehörigen und die Neutralen beschädigt hätten. Der Minister will die Rechtsfrage nicht untersuchen, erinnert aber daran, daß während des Krimkrieges Frankreich Odessa nicht habe angreifen wollen. Frankreich habe wegen dieser Frage mit England und den Vereinigten Staaten unterhandelt. Wenn Spanien von selbst Entschädigung geben wolle, was Herr Larrabure hoffe, so würde die französische Regierung dasselbe dazu ermuthigen. Rouher bedauert auch die Gesetzgebung der Vereinigten Staaten, welche die betrüglichen Bankerutte nicht unter die Zahl der Verbrechen rechne und daher die Auslieferung der Schuldigen nicht gestatte. — Picard genügen diese Erklärungen nicht; er begreift nicht, wie man die Rechtsfrage für nicht entschieden halten könne. Das Bombardement war ein Act, dessen sich nur Wilde schuldig machen konnten und gegen den alle civilisirten Nationen protestiren müssen. Ich bedauere, daß die Regierung sich nicht mit der spanischen Regierung näher erklärt hat. — Staatsminister Rouher: Die Worte des Herrn Picard zwingen die Regierung, sich näher zu erklären. Ich habe gesagt, daß wir dieserhalb der englischen und der amerikanischen Regierung Eröffnungen gemacht, sie haben beide geantwortet, daß sie darin nur einen kriegerischen Act sähen und bei Spanien nicht interveniren würden. Dieses sind die Gründe, weshalb ich das Stillschweigen bewahrt, aus dem mich Herr Picard heraus gezwungen.

Ueber das Ministerium des Innern erhielt zuerst Glais-Bizoin das Wort zu einer Rede, welche die bisher in der Budget-Debatte gehörten an Heftigkeit noch übertraf. Die Leute, begann der Redner, welche für die Freiheit kämpften, kämen ihm vor wie der Mann in der Fabel, der einen Stein den Berg hinaufrolle, der aber immer wieder von vorn anfangen müsse, da, oben angekommen, die Schwere denselben wieder hinabstürzte. Wenn man glaube, man sei mit der Freiheit an der Spitze des socialen Gebäudes, so stoße sie die Hand des Despotismus wieder hinab. So sei es immer gewesen; aber nie sei man so tief herabgefallen, als 1848, wo man sich der Vollendung des Gebäudes so nahe geglaubt. Herr Latour du Moulin mache hierfür mit Unrecht die Minister verantwortlich. In einem Lande, dessen Regierung erblich und nach der Verfassung allein verantwortlich sei, halte nur eine Hand die Pandorabüchse, aus welcher das Gute wie das Ueble hervorgehe. Der Staatsminister sei nur der Sündenbock; ihn anzugreifen, sei unrecht, denn wenn z. B. der Zug nach Mexico gelungen, würde er nicht den Ruhm gehabt haben, und es dürfe deshalb auch nicht ihn die Schmach treffen. Man dürfe dem Minister auch nicht verübeln, daß er heute das vertheidige, was er gestern angegriffen. Das sei das Eigenthümliche dieses Regierungssystems. Daß derselbe Minister, der noch kürzlich die Ermächtigung zur Herausgabe eines Blattes vertheidigt und das Erscheinen der Minister in der Kammer bekämpft hätte, auch noch nach den Versprechungen vom 19. Januar am Ruder bleibe, sei freilich auffallend genug. Was solle man übrigens von diesen Versprechungen halten, wenn der Kaiser selbst am 1. Juli erklärt habe, daß Frankreich die Freiheit bis zur Zügellosigkeit besitze? Das könne doch nur heißen, daß man dieser allzu freien Nation die Zwangsjacke noch enger schließen müsse. Ueberall jenseits der Grenzen, Spanien ausgenommen, herrsche mehr Freiheit als hier. Redner zählt nun die Freiheiten auf, die Frankreich fehlen. Es existire wohl eine gewisse Toleranz, von welcher der Justizminister gesprochen. Diese Toleranz verdanke man aber einzig und allein den Sitten, welche durch ein dreißigjähriges parlamentarisches Leben geschaffen worden seien; es stehe aber wohl einzig in der Geschichte da, daß ein Justizminister das Recht mit dem Factum verwechselt habe. Die Presse sei in Frankreich von der vorgängigen Ermächtigung, vom Stempel und von der Caution bedrückt, diesem Hause werde der Präsident von der Regierung aufgezwungen, jede Initiative sei ihm versagt, sein Interpellationsrecht sei illusorisch. — Der Präsident ermahnt den Redner zur Mäßigung; es sei nicht erlaubt, die Verfassung zu discutiren. — Die Municipalräthe können auf drei Jahre suspendirt werden, die Maires werden von der Regierung ernannt. Das ist das Soll und Haben unserer Freiheiten und im Haben stehen die drei Worte: nichts, nichts, nichts. — Der Präsident will den Redner ein letztes Mal verwarnt haben. — Glais-Bizoin: Wenn ich bedenke, daß man uns die beiden Gesetzentwürfe, welche Sie zu vertagen für angemessen hielten, als die Krönung des Gebäudes darstellt, so muß ich mit großem Kummer erklären: Wenn Ihr Princip sich nicht ändert, so werden wir die Freiheit weder von Ihnen noch mit Ihnen haben. (Stürmische Unterbrechung. Ruf: Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Man hat gesagt, daß die Freiheit bei uns stets nur ephemer gewesen ist. Das ist wahr, aber woran liegt die Schuld? Weil unsern Regierenden nicht die große Seele eines Washington gegeben war, welcher der Versuchung zu widerstehen wußte, die Freiheit umzustürzen und sich an ihre Stelle zu setzen. Ein Regierungsredner habe einmal zu ihm gesagt: er möge sich in Acht nehmen, seine Worte gelangten bis an eine Stelle, von welcher er glaube, daß sie nur der Schmeichelei zugänglich sei. Nun denn, ich wollte, daß meine Worte zu diesem Ohr drängen, um ihm zu sagen: Diese große Nation, deren erste Versammlung sich in der Erklärung der Menschenrechte das schönste Denkmal gesetzt hat, diese Nation, welche auf der ersten Staffel der moralischen Leiter stand, nach der sich die Größe der Völker bemißt, diese Nation, welche selbst über jener stand, die einer ihrer größten Redner in seinem britischen Stolze die Mutter aller freien Völker nannte, diese Nation ist gekränkt, ist es müde, daß man sie so lange vor der gebildeten Welt wie in Strafe hält und eine Eselskappe auf dem Kopfe erhält. (Lang anhaltender, furchtbarer Sturm. Zur Ordnung! Zur Ordnung!) — Präsident: Herr Glais-Bizoin, ich rufe Sie zur Ordnung! (Lebhafter Beifall.) Ich habe den Ordnungsruf gegen Sie ausgesprochen und betone ihn, denn es ist Ihnen nicht gestattet, eine Rede, deren Zweck war, alles herabzusetzen, was wir Großes in unseren Institutionen haben, damit zu schließen, indem Sie das ganze Land angreifen. — Glais-Bizoin: Ich verneige mich tief vor dem Ordnungsrufe unseres Herrn Präsidenten und ich erkläre ihm, wenn er will, daß ich mich dadurch geschmeichelt fühle. (Lebhafte Unterbrechung. Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Präsident: Die Danksagungen des Hrn. Glais-Bizoin würden einen neuen Ordnungsruf verdienen, aber ich ziehe vor, das Land über eine solche Sprache richten zu lassen. — Pelletan: Wir nehmen das Land ebenfalls als Richter an. — Präsident: Wir werden sehen, wie das Land diese systematischen Angriffe beurtheilen wird. — Hierauf folgte die Rede Olliviers, die wir bereits mitgetheilt haben.

[Der König von Würtemberg] erfreut sich hier einer überaus zuvorkommenden und schmeichelhaften Berücksichtigung. Die officiösen Blätter ergehen sich in eingehenden Artikeln über die „Verdienste" des würtembergischen Königsgeschlechts und des schwäbischen „Vetters" um Kunst und Wissenschaft im Allgemeinen und um Handel und Gewerbe im Besonderen. Der Kaiser persönlich erschöpft sich in Liebenswürdigkeiten, secundirt von der Kaiserin, gegen seinen süddeutschen Gast. Vorgestern empfing derselbe im Hotel Bristol den Besuch des Kaisers und dann des Sultans.

[Der Proceß Berezowski] beginnt am Montag. Der Angeklagte trägt noch den Arm in der Binde. Fünf Entlastungszeugen sind geladen.

[Ueber die jüngsten Scandalgeschichten in den Familien Duruy und Granier] schreibt man der „M. Z.": Das Ereigniß des Tages sind die scandalösen Geschichten, in denen die Söhne des Unterrichtsministers Duruy und die Söhne des Wortführers der ultra-imperialistischen Partei in der Kammer, des Herrn Granier aus Cassagnac, die Hauptrollen spielen. Diese Scandale würden weniger beachtet werden ohne die verschiedenen politischen Schiffbrüche der kaiserlichen Politik. So aber kommt eins zum andern und die schon verstimmte öffentliche Meinung schließt aus solchen Vorgängen auf die regierende Gesellschaft — ganz so wie in den letzten Jahren vor der Februarrevolution, wo das untergrabene Ansehen der Regierung durch die zweideutigen „Thaten" seiner Diener und Vertheidiger vollends in die Brüche gegangen war. Wir möchten diese Parallele nicht weiter führen, aber es ist schlimm für das Empire, daß seine Leute sich in die Lage bringen, so zugerichtet zu werden, wie es im „Courrier Français" gestern geschah. Der „Courrier Français" protestirt nämlich im Namen aller anständigen Leute gegen die Rohheit, die Klopffechterei und die Ueberhebung der „Duruy, Cassagnac und Anderer ihres Schlages". Das Blatt findet es Recht, daß die Söhne des Unterrichtsministers (beide höhere Beamte) von dem Chefredacteur des „Journal de Paris", welchen sie in seinem Bureau mißhandelt hatten, vor die Thüre gewiesen wurden, und dem Herrn de Cassagnac ruft es zu: „Ah, Ihr habt geglaubt, diese Rolle als öffentliche Beleidiger ungestraft spielen zu können, der Vater im gesetzgebenden Körper, der Sohn in der Tagespresse („Pays"), und daß Niemand es wagen würde, Euch von Neuem in die Galeere der öffentlichen Verachtung einzusperren, deren Thore Euch die allzu milde Republik von 1848 geöffnet hatte. Schwager und Neffen des Hrn. v. Beaucallin, Ihr versteht mich, nicht wahr?" — Dieser Beaucallin war nämlich der Schwager des Herrn Granier de Cassagnac. Er tödtete (1846 oder 1847) den Herrn Duprier in einem Pistolenduell und wurde zu zehnjähriger Einsperrung verurtheilt, weil er sich in dem Duell nicht loyal benommen hatte. Herr Granier de Cassagnac war in diesem Processe gründlich compromittirt. Welches die Folgen des Artikels des „Courrier Français" sind, weiß ich noch nicht. Darauf kommt es wenig an. Von Wichtigkeit ist es, daß überhaupt derartige Dinge gesagt werden. Den Unterrichtsminister Duruy bedauern wir, weniger oder gar nicht den Herrn de Cassagnac, der unter dem Schutze der kaiserlichen Gunst seine Antecedentien vergessen zu haben scheint. Auch zeigt die Sprache des „Courrier Français", daß die Tagespresse die Zwangsjacke abschüttelt. Vor einem Jahre noch würde sich kein Journal unterstanden haben, einen solchen Ton gegen kaiserliche Beamte und Deputirte anzuschlagen. Die Tagespresse fängt an, der Regierung über den Kopf zu wachsen — und das ist der eigentliche Humor von der Geschichte. — Uebrigens erfährt man, daß Herr Weiß (vom „Journal de Paris") für heute Nachmittag 4 Uhr vor den Untersuchungsrichter Gonet citirt ist. Es handelt sich um dessen Artikel, wo er über die Schlägerei, die zwischen ihm und den beiden Söhnen des Unterrichtsministers stattfand, in höchst scharfen Ausdrücken Bericht erstattet hat.

Großbritannien.

E. C. **London**, 12. Juli. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses,] über welche wir schon theilweise berichtet haben, beantragte der Staatssecretär des Innern, Mr. Hardy, die zweite Lesung der von ihm eingebrachten Bill, „behufs Erweiterung der Regierungsbefugnisse Commissionen zu ernennen", die, wie zuletzt in Sheffield, so in anderen Städten Erhebungen über die Wirksamkeit der Gewerkvereine machen sollen. Die Städte selbst mochte er nicht nennen, um den Zweck der einzuleitenden Untersuchungen nicht zu beeinträchtigen. Nur so viel wolle er mittheilen, daß, nach den der Regierung gewordenen Mittheilungen, verbrecherische Handlungen in der Sphäre der Gewerkvereine nicht in Sheffield allein vorgekommen zu sein scheinen, daß es aber zur Ermittelung derselben unumgänglich nothwendig sein werde, gewissen Betheiligten Straflosigkeit zuzusichern und die Befugnisse der Regierung zu erweitern. — Mr. Forster, der bei dieser Gelegenheit die in Sheffield verübten Scheußlichkeiten auf das Entschiedenste verdammt, drückt gelinde Zweifel aus, ob es wirklich unumgänglich nothwendig sei, den Angebern Straflosigkeit zuzusichern, um weiteren Verbrechen auf die Spur zu kommen; es wäre dies in allen Fällen ein trauriges Mittel, zu dem im Interesse der Gesetzesachtung und Moral nur im äußersten Falle gegriffen werden sollte. Schon sei man darin vielleicht zu weit gegangen, trotzdem möchte er sich der zweiten Lesung der Bill nicht widersetzen. — Auch Mr. Gladstone spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung ihre Straflosigkeits-Zusicherungen maßvoll handhaben werde.

[Zur Expedition nach Abyssinien.] Es ist viel die Rede davon, daß, um Englands Prestige im Orient zu wahren, es vielleicht gerathen sein werde, dem Könige Theodor von Abyssinien eine Kriegserklärung statt der ihm früher angebotenen Geschenke ins Haus zu schicken. Und wieder ist die Rede davon, den Vicekönig von Egypten um Unterstützung bei diesem Kriegszuge anzugehen. Letzteres wäre insofern ein verfehlter Schritt, als der politische Zweck der Expedition, nämlich die Wahrung des britischen Ansehens im Orient, auf diese Weise verfehlt werden dürfte. Daß davon auch aus militärischen Gründen Abstand genommen werden sollte, versucht ein der „Pall Mall" zugesandtes Schreiben zu beweisen, aus dem wir hier das Wesentliche mittheilen wollen:

„Von Egypten aus gegen Abyssinien operiren wollen, wäre gerade so absurd, als sollte eine gegen Madrid dirigirte englische Armee in Calais ans Land gesetzt werden, um von dort mitten durch Frankreich und Spanien gegen ihr Operationsobject vorzudringen. Im Klima und der geographischen Gestaltung Abyssiniens liegt nichts, was eine Expedition dahin schwieriger machte, als eine von den vielen, die wir schon in Indien glücklich durchgeführt haben. Die geeignetste Zeit dazu wäre von September bis März, da April und Mai ungesunde Monate sind; die sicherste und beste Route aber von Massuah nach Gondar oder Magdala ist über Dobarwa Axum und Siré. Rechnet man zwei Monate für den Hin- und eben so viele für den Rückmarsch und andere zwei Monate für die militärische Operation im Lande selber, so ließe sich die ganze Campagne binnen sechs Monaten durchführen. 10,000 Mann wären genügend, darunter etwa die Hälfte eingeborener indischer Infanterie, 300 englische Dragoner, 1500 Mann indische irreguläre Cavallerie und mindestens fünf Batterien reitende Artillerie. Am 15 October könnte das gesammte Expeditionscorps in Massuah zum Vorrücken in das Innere Abyssiniens bereit sein."

[Die belgischen Schützen.] Es ist heute, schreibt man der „K. Z.", etwas bunt in den Straßen zugegangen. Von der City, den Strand entlang bis hinab gen Whitehall und durch St. James Park bis zu Buckingham Palace war es von 11 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags schwer, durch die angesammelten Menschenmassen hindurchzudringen, denn es gab zwiefachen Spektakel. Zuerst wegen der belgischen Gäste und dann wegen des Sultans. Was die Ersteren anlangt, so wird zwar das Frühstück, welches die Corporation der City ihnen zu Ehren in der Guildhall veranstaltet hatte, von Augenzeugen als „spärlich, mager, des Rufes der Gastgeber durchaus unwürdig" bezeichnet; doch scheinen die Gäste ihre Genüge und wohl darüber, gefunden zu haben, denn als sie aus der Guildhall sich in King Street und über Cheapside hin ergossen, führten sie Scenen auf, welche den sonst von geschäftig eiligen Füßen durchwandelten Straßen einen ganz fremdartigen Charakter verliehen. Die Musik ließ eine Polka ertönen und Hunderte der Belgier schwangen sich im Tanze, sans peur et sans reproche, zum Erstaunen aller ihrer englischen Waffengefährten und noch mehr des neugierig aus allen Fenstern hervorlugenden Damenflors. Doch verfehlte die Musik ihre Wirkung nicht, bald winkten die Schönen herab mit ihren Tüchern und bedauerten wohl nur, nicht selber dem Beispiele folgen zu können. So ermuntert, faßten auch englische Freiwillige Muth, sich in den Reigen zu mischen, und selbst die später angestimmten ernsten Töne des „Gode save the Queen", mußten der Terpsichore dienen.

[Der Sultan] ist hoffentlich mit seinem Empfange zufrieden. Der Hof hat sich mehr für ihn angestrengt als für irgend einen der jetzt lebenden Monarchen, die zu Gaste hierher kamen. Zwölf Hof-Equipagen in voller Gala, so viele rücken selten aus, so viele finden sich nicht beisammen, wenn die Königin das Parlament eröffnet, so viele waren nicht aufgeboten, als Kaiser Napoleon hier einzog, und beim festlichen Einzuge der Prinzessin von Wales hatte der Hof auch nicht eine einzige gestellt. Die den Zug eröffneten, waren geschlossen, die andern aber offen, und in der letzten dieser offenen Kutschen saß der Sultan im goldverbrämten Rock, zur Rechten des in Generals-Uniform gekleideten Prinzen von Wales. So bewegte sich der von Leibgardisten escortirte Zug aus dem mit Blumen und Guirlanden geschmückten Bahnhofe die genannten Straßen entlang, zwischen einem dichten Spalier der Horse Guards hindurch. Im Bahnhofe selbst saßen, den Perron entlang, auf roth ausgeschlagenen Tribünen unzählige Damen in leichter Morgen-Toilette unter unzähligen Fahnen, Blumen-Guirlanden und Halbmonden aus Goldpapier, zwischen denen die großen Annonce-Tafeln des „Daily Telegraph", des „Morning Star", eines Bruchband-Fabrikanten und eines patentirten Crinolinen-Etablissements recht vorwitzig herausguckten. Der Sultan sah dick und bräunlich, aber durchaus nicht so griesgram aus, wie ihn die Pariser Correspondenten schildern. Es wäre, inmitten der tausend hübschen Frauengesichter, die ihn anstierten und anlächelten, kaum möglich gewesen. Der ganze Bahnhof sah in der That weder geschäftsmäßig noch steif, noch officiell aus, hatte vielleicht eine gewissermaßen haremartige Physiognomie, die dem Sultan und auch manchem wohlgebildeten Occidentalen recht anmuthig erschienen sein mag. Auch bei der Fahrt durch die Straßen sah er bei Weitem nicht so finster darein, wie der Groß-

---

licher unverschuldeter Reichthum unseres Landes sind, wenn wir heute noch einer der schuldenfreiesten Staaten sind, ja sogar in unserem Staatsschatze ein bedeutendes baares Vermögen besitzen und Hessen heute noch zu den mindestbesteuerten Ländern gehört: der Grund von allem diesem liegt doch in jener Zeit."

Herr Bezzenberger hat also keine Ahnung, daß gerade an jenen aus dem Verkauf der Söldnerschaaren gelösten Summen gewissermaßen ein Fluch haftet, daß sie das innerste Motiv zu dem fünfzigjährigen Zwiespalt zwischen Fürst und Volk gewesen, insofern die drei letzten Kurfürsten diese „unverschuldeten Domänen und Waldungen" bald theilweise, bald völlig als ihren Privatbesitz zu behaupten und auszubeuten suchten.

Indem Herr Bezzenberger dann die Verdienste der hessischen Söldner um die „Weltgeschichte" und um Deutschland insbesondere ausführt, zeigt er, was Preußen ihnen zu verdanken hat:

„Es ist wahrlich keine unbescheidene Frage, ob Friedrich der Große der gegen ihn verbündeten Kriegsmacht auf die Dauer hätte widerstehen können, wenn auch Hessen-Kassel auf Seiten seiner Feinde oder auch nur parteilos gestanden hätte. Denn Hessen und seine Regimenter waren es vorzugsweise, welche in der ganzen schweren Zeit die Franzosen, die nicht immer unter einem Marschall Soubise standen, auf dem westlichen Kriegsschauplatze beschäftigten, daß sie nicht in Sachsen und Schlesien mit Russen und Oesterreichern sich vereinigen und unter ihrer allzu großen Uebermacht Friedrich erdrücken und zum Markgrafen von Brandenburg erniedrigen konnten; wesentlich Hessen waren es, die ihm Siege erfochten und die Hoffnung für ihn nicht sinken ließen, wo er selbst wohl Niederlagen erlitt und oft rathlos in die Zukunft blickte. Möge Preußen nie vergessen, was es Hessen dafür schuldet."

Nun, Preußen hat es nicht vergessen, es hat seinen Dank neuerdings bestens abgestattet, indem es die braven Kurhessen, die wir nicht nach Herrn Bezzenberger beurtheilen wollen, unter seine Bürger aufnahm, sie einem Staate einverleibte, wo dergleichen Miß- und Uebergriffe, wie sie in ihrem bisherigen Vaterländchen geschehen, überhaupt nicht möglich sind, einem Staate, der berufen zu sein scheint, das vielköpfige deutsche Reich endlich unter Einen Hut zu bringen und damit im europäischen Concert das erste Instrument zu spielen.

Wem aber die vorhinnige Sprache des Herrn Bezzenberger zu stark dünken möchte, insofern danach nicht Friedrichs des Großen Genie, sondern die Bravour der hessischen Hilfstruppen den siebenjährigen Krieg entschieden und Preußen zu einer Großmacht erhoben, der wird sich noch etwas mehr verwundern, wenn er des Herrn Ansicht über die Natur und Bedeutung des kurhessischen Verfassungsconflicts vernimmt.

Herr Bezzenberger sieht in diesem nur einen „inneren friedlichen, ganz in Uebereinstimmung mit dem Charakter des hessischen Volkes geführten Kampf, von dem Gott alle unreinen Elemente fernhalten möge, damit Hessens Glanz nicht getrübt werde, und wohin auch der Sieg sich wende, Niemand um desselben willen trauern müsse" — gewiß eine sehr diplomatische, wohl aber ganz inhaltslose Sprache! — Herr Bezzenberger vindicirt aber trotzdem diesem „inneren friedlichen Kampfe" eine „welthistorische Bedeutung", indem er wörtlich sagt:

„— — Seitdem steht Kurhessen wieder im Vordergrunde welthistorischer Bedeutung. Neben einer syrischen und orientalischen, italienischen und schleswig-holsteinischen Frage steht auch die kurhessische. Sie hat nicht erst durch die Presse ihre Bedeutung erhalten, sondern steht im Zusammenhange mit der gesammten deutschen Entwickelung. Denn hier in Hessen muß nun ein nicht blos für unser ganzes, auf eine so ruhmreiche Vergangenheit sich stützendes Volks- und Staatsleben, sondern auch für die Zukunft aller deutschen Staaten, also des ganzen deutschen Volkes höchst wichtiges Princip zur Entscheidung kommen; was aber Deutschland angeht, das geht die Welt an.

Herr Bezzenberger hat sich doch geirrt. Nicht in Kurhessen ist jenes Princip und die Zukunft Deutschlands entschieden worden, nicht in den dortigen parlamentarischen Kämpfen, so ehrenwerth und verdienstlich sie auch an und für sich sein mögen, nicht in der Schlacht bei Bronzell tragikomischen Andenkens; sondern in dem gewaltigen Zusammenstoß der beiden deutschen Großmächte, im glorreichen Jahre 1866 auf den blutränkten Feldern Böhmens, wo Oesterreich, der Erbfeind deutscher Einheit und Freiheit, niedergeworfen und für immer vernichtet wurde. Damit ist auch Kurhessen in Preußen aufgegangen, wie einst Preußen in Deutschland aufgehen wird!

Danzig, 14. Juli. [Dr. jur. Neumann,] dessen früher Tod allgemein bedauert wird, war geboren zu Graudenz 1835, besuchte die Gymnasien in Thorn und Danzig, studirte die Rechte zu Halle, Heidelberg und Berlin, arbeitete in den Jahren 1860 bis 1863 als Auscultator und Referendarius am hiesigen Stadt- und Kreis-Gerichte und seitdem als Privatdocent für deutsches Recht und Civilproceß an der Universität zu Breslau. Daneben gab er sehr schätzbare Werke auf den Gebieten der Kunst und Rechtswissenschaft heraus, als: 1862: Das Recht der Vor- und Ausbauten-Besitzer in Danzig. Verlag von A. W. Kafemann. — 1862: Das Tragische. Bei Nicolai in Berlin. — 1863: Geschichte des Wechsels im Hansagebiete bis zum 17. Jahrhundert nach archiv. Urkunden. Erlangen bei Enke. — 1864: Geschichte des Wuchers in Deutschland bis zur Begründung der heutigen Zinsengesetze. Aus handschriftlichen und gedruckten Quellen. Halle. Buchhandlung des Waisenhauses. — 1866: Der Rechtsschutz der Photographie gegen Nachdruck nach den deutschen Nachdrucksgesetzen. Eine Denkschrift. Leipzig bei R. Hoffmann. — 1866: Beiträge zum deutschen Verlags- und Nachdrucks-Rechte bei Werken der bildenden Künste, im Anschluß an die Frage vom Rechtsschutze der Photographie gegen Nachdruck. Berlin bei Guttentag. Auch lieferte er wissenschaftliche Abhandlungen für Goldschmidt's „Archiv für Handelsrecht" und die „Grenzboten". Seine lyrischen Schöpfungen, welche von tiefem Gefühle und poetischer Begabung zeugen, sind, da es zum Drucke derselben noch nicht gekommen ist, nur seinen Freunden bekannt. — Nachdem er zur Heilung seiner Brustkrankheit sich im letzten Jahre in der Schweiz und Italien aufgehalten hatte, doch leider ohne Erfolg, kehrte er vor 3 Wochen nach Danzig zu seinen Eltern zurück, wo er sein ebenso kurzes wie thätiges Leben beschloß. (Danz. Z.)

[Collision der Pflichten.] Der „Elbf. Z." wird aus Kiel nachfolgende drollige Anekdote mitgetheilt, welche eine hübsche Illustration zu der Nothwendigkeit liefert, die Justiz von der Administration zu trennen. Ein in der Nähe Kiel's wohnender Bürger wollte ein Haus verkaufen und begab sich, um ihm mangelnde Papiere zu ersetzen, in die Amtsschreiberwohnung seines Amtes. Der Herr Amtsschreiber empfing ihn höflich und bedauerte, daß noch ein Document mangle, ein Attest des Oberamtes zu B., doch er habe darum geschrieben und werde es baldigst erhalten. Der Bürger, der schon mehrmals in solcher Weise vertröstet worden, fragt ärgerlich: „Wer ist denn eigentlich der Amtmann von B.?" Der Herr Amtsschreiber vor ihm versetzt mit Würde: „Der bin ich." „Also Sie schreiben wegen dieser Sache an sich selbst?" — „Allerdings." — „Und wann, wenn ich fragen darf, wird der Herr Amtmann von B. Ihnen antworten?" — „Sobald seine Amtsobliegenheiten, die nicht die meinigen sind, es verstatten." Der Bürger ging, um einige Tage darauf in dem Amthause zu B. wieder vorzusprechen. Ein Wagen hält vor der Thür, auf dem Flur tritt ihm der Herr Amtsschreiber von drüben und hiesiger Amtmann ausfahrgerüstet entgegen. Der Bürger bleibt stehen und bittet um Auskunft über die bewußte Angelegenheit; allein der Herr Amtmann grüßt verbindlichst und läßt den Verblüfften mit den Worten stehen, er sei in diesem Augenblicke weder Amtmann noch Amtsschreiber, sondern Justiziar (Patrimonialrichter), der zu einer richterlichen Sitzung auf's Land fahre. Ist das nicht die reinste Posse, die vollständig an den Darmstädter Beamten erinnert, der die Sache sich dadurch nur noch mehr vereinfacht hatte, daß er drei Stuben neben einander besaß, in deren jeder er eine verschiedene Behörde repräsentirte. Aber unter unsern würdigen Schnauzbärten ist selbstverständlich großer Jammer über das Aufhören dieses alten Schlendrians, unter dem Verwalter und Verwaltete so gar bequem lebten und höchstens der Herr Ober-Inspector einmal dem Hrn. Kammer-Rath, d. h. sich selbst, einen officiellen Rüffel zu ertheilen hatte.

meister des Ordens von der seidenen Schnur geschildert wurde. Zwar grüßte er nicht, noch unterhielt er sich mit dem Prinzen von Wales, aber er schaute recht gemüthlich auf die glänzenden Stahl-Kürasse, die zu beiden Seiten in der Sonne blitzten (die Sonne war echt, wenn auch die Monde aus Papier geschnitzt waren), und auf die Rappen und auf die weißen Federbüsche und die dichten Menschenmassen, welche ihn mit ganz merkwürdigem, lebhaftem Zurufe empfingen. So viel sich seinem Gesichte absehen ließ, schien ihn das Schauspiel recht interessirt zu haben.

[Prinz Napoleon] ist von Cherbourg in Begleitung des Herzogs und der Herzogin von Aosta mit der Schrauben-Yacht „Jerome" hier eingetroffen.

Provinzial-Zeitung.

♉ **Breslau**, 16. Juli. [Wahlverein der Fortschrittspartei.] Auf gestern Abend war eine Versammlung der Mitglieder des Wahlvereins der Fortschrittspartei in den Saal des Hotel de Silesie berufen. Den Vorsitz führte Hr. Laßwitz. Auf der Tagesordnung standen 1) Mittheilungen und 2) Vorschläge 2c. zu den bevorstehenden Reichstagswahlen. Unter 1) theilte Hr. Laßwitz der aus etwa 200 Mitgliedern bestehenden Versammlung mit, daß der nach Rücktritt einiger Vorstandsmitglieder (Dr. med. Asch und Justiz-Rath Simon) neugebildete Vorstand aus den Herren Zorn, Laßwitz, Bouneß, Dr. Steuer, Hofferichter, Sturm und Dittberner bestehe und daß derselbe, da sein bisheriger Vorsitzender Kaufmann Zorn die Wahl nur bis zum Schlusse des Landtags angenommen hatte, den vom Landtage heimgekehrten Vorsitzenden der heutigen Versammlung an Stelle des zurückgetretenen Kaufm. Z. gewählt habe. Die Kassenverhältnisse seien zum ersten Male nicht günstig, da einerseits die häufigen Wahlen dieselben sehr angegriffen haben, haben die letzten doch allein 1200 Thlr. gekostet, und also den bisherigen Bestand von 600 Thlr. aufgezehrt und den Verein noch mit einem Deficit von 600 Thlr. belastet, was bis auf einen Rest von etwa 250 Thlr., die der Vereinskassirer Hr. Sturm einstweilen vorgeschossen habe, gedeckt sei, andererseits sei die Zahl der Mitglieder, die sonst bis 1200 betragen, auf die Hälfte zurückgegangen, und würden die noch vereinstreuen Mitglieder zu pünktlicher Zahlung ihrer Beiträge und zu freiwilligen Beisteuern aufgefordert, um jene Vereinsschuld zu tilgen. Ferner seien dem Vorstand eine Anzahl Exemplare der Statuten des neugebildeten deutschen Fortschritts-Vereins in Berlin zugegangen, der, nach dem „Nationalverein" organisirt, den Vorsitzenden zum Geschäftsführer ernannt habe. Es könne jedes Mitglied des Wahlvereins beitreten, da das Programm des Berliner Vereins, das noch die Waldeck-Virchow-Hoverbeckschen Anträge in Betreff ihrer Stellung zur Reichsverfassung in sich aufgenommen, mit dem Zwecke des hiesigen Vereins übereinstimme. § 1 wurde vorgelesen. Von den Beiträgen werde ⅓ dem Wahlverein in Berlin übersandt, indeß ⅔ für Wahlzwecke verwendet werden. — Seit Rücktritt der Herren Dr. Stein und Dr. Elsner habe es der Verein vorgezogen, einstweilen keinen Vertreter der Presse zu jenen Sitzungen heranzuziehen. — Außerdem sei ihm eine Broschüre: „Denkschrift des Comite's des zollvereinsländischen Vereins der Tabak-Fabrikanten, Producentenn und Händler: Zur Tabaksteuerfrage" unentgeltlich zugegangen, von der er schon einen Theil an Mitglieder des Vereins ausgetheilt und die übrigen Exemplare etwaigen Interessenten offerire. Da nach geschehener Anfrage zu den „Mittheilungen" Niemand das Wort nahm, wurde zum zweiten Theil der Tages-Ordnung „Vorschläge und Vorbereitungen zu den bevorstehenden Wahlen" übergegangen, welche der Vorsitzende mit einigen Worten einleitete. Seit der Schlußabstimmung für die Bundesverfassung des norddeutschen Bundes, wo der eine von den Abgeordneten Breslaus für, der andere gegen dessen Annahme stimmen zu müssen glaubte, sei eine Spaltung eingetreten, indem die Einen der Fortschrittspartei treu blieben, die Anderen sich den Nationalliberalen zuneigten. Es sei ein erbitterter Streit, zumal in der Presse, auch hier entstanden, wo beide Theile sich mit Vorwürfen überhäuft, die allerdings mehr in der Presse, und zwar auch der hiesigen Localpresse, vertreten seien, als im Publikum und es sei zu bedauern, daß die Presse nicht von einem versöhnlicheren Geist erfüllt gewesen und daß sie gegenseitigen Verdächtigungen Raum gegeben habe. Es sei zu wünschen, daß die Einheit der Partei eine geschlossene bleibe, und ist Redner überzeugt, daß jener Streit am besten gehoben werde, wenn man bei der Sache bleibe und nicht auf das Gebiet der Persönlichkeiten sich verirre. Die norddeutsche Bundesverfassung sei nun anerkannt und die Fortschritts-Partei müsse dahin streben, dieselbe durch Erwählung geeigneter Abgeordneten zu verbessern und zu vervollkommnen. Die bevorstehende Wahl sei sehr wichtig, sie gelte für 3 Sessionen, in denen sehr wichtige Gesetze für das Wohl des Volkes in Aussicht stehen. Die Situation sei eigenthümlich und in obenerwähnter Broschüre über die Tabaksteuer in folgender Weise (S. 1 u. 2) richtig geschildert:

„Noch sind die Erschütterungen des vor wenigen Monden beendeten großen Krieges nicht überwunden, noch steigt die Spannung durch fortgesetzte Rüstungen der Nachbarn; fast Jedermann ist in seinem Vermögensstande geschädigt, die Course sind noch immer nicht auf ihrem früheren Stande, viele Fabriken arbeiten theilweise gar nicht, andere nur mit halben Kräften, die Bauten stehen still, die Ziegeleien feiern, die Hypotheken-Noth ist in ihrer höchsten Höhe, die Subhastationen mehren sich, selbst Rittergüter werden in bedenklicher Anzahl täglich ausgeboten, an neue Unternehmungen wird kaum gedacht, auf den nächsten Lebensbedürfnissen, dem Brot, dem Fleisch, dem Salz lastet die Steuer, deren Erleichterung man vergeblich gehofft hat, selbst der Arbeitsmarkt soll durch die Inseratensteuer herangezogen werden, Deutschland ist aus seiner alten Form gerissen, die annectirten Provinzen Preußes nerwarten noch ihre Organisation, die Gerichtshöfe, die Kreise, die Verwaltungen sind noch nicht geregelt 2c. 2c."

Es komme nun darauf an, Abgeordnete zu wählen, die beim Festhalten an dem einen zur Thatsache gewordenen Bunde doch für einen möglichst freisinnigen Ausbau desselben und für Wiedergewinnung der verlorenen Volksrechte wirken wollen. Im Wahlvereinsvorstande seien, unter Freilassung beliebiger anderer Vorschläge seitens der Wähler, folgende Namen genannt worden: Bouneß, v. Kirchmann, Ziegler, Simon und Laßwitz. Er selbst (der Vorsitzende) habe auf jeden Fall abgelehnt. Im Wahlvorstande selbst haben die Namen der 3 Erstgenannten die Majorität erhalten. Nach der bisherigen Praxis werde nach Beendigung der Vorschläge abgestimmt und diejenigen zwei Candidaten, welche die meisten Stimmen erhalten, den Wählern vorgeschlagen werden. Zunächst sei ein Antrag Dr. Stein's eingegangen:

„Der Wahlverein wolle beschließen, daß bei Aufstellung der Candidaten für die Reichstagswahl es nicht entscheidend sei, ob die Vorgeschlagenen für oder gegen die norddeutsche Bundesverfassung gestimmt oder sich sonst erklärt haben."

Der Antrag findet hinreichende Unterstützung.

Noch eingegangen ist ein Antrag von Dr. Kästner (?), daß eine General-versammlung über die Wahl der für die Stadt Breslau aufzustellenden Abgeordneten abstimmen solle und Diejenigen, welche die Mehrheit der Stimmen erhalten, vorgeschlagen werden sollen.

Es wurde auf den Antrag des Dr. Stein eingegangen. Der Vorsitzende schlägt vor, ohne Discussion über denselben zur Tagesordnung überzugehen, da er den Antrag für gefährlich ansehe, weil derselbe geeignet sei, bei einer darüber entstehenden Discussion die alten Streitigkeiten wieder zu erwecken.

Dr. Elsner spricht für den Antrag, der vom Vorsitzenden mißverstanden worden sei; Dr. Stein schlage vor, es solle ganz gleichgiltig sein, ob die Candidaten für oder gegen die Verfassung gestimmt oder sich erklärt haben, aber sie müßten auf dem Boden der Verfassung stehen. Es könne ja Jemand die Verfassung geradezu verwerfen. Tagesordnung ohne Discussion beeinträchtige die Redefreiheit.

Der Vorsitzende vertheidigt seinen Tagesordnungs-Antrag, durch den dem Antrage Dr. Stein's mehr Recht geschehe, als wenn er bei der Abstimmung verworfen würde, was doch immer möglich sei; dies würde ein Urtheil enthalten, was Dr. Stein bei seinen Verdiensten um die Demokratie nicht verdiene; es wäre dies ein Verdict über die demokratische Gesinnung.

Justizrath Simon bemerkt, der Vorschlag des Vorsitzenden ohne Discussion zur Tagesordnung überzugehen, könne wohl kaum ernstlich gemeint sein, worauf Laßwitz erwidert, daß er nur von seinem Rechte Gebrauch gemacht, einen Antrag anzumelden; er habe seinen Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung nicht einmal zur Unterstützung gestellt.

Bei der Debatte über den Antrag Dr. Stein's empfiehlt Redacteur Dumas aus Zweckmäßigkeitsgründen den Uebergang zur Tagesordnung. Die Frage zu entscheiden, wie die Partei sich zur Bundesverfassung stelle, dazu sei jetzt keine Zeit mehr; zu dieser Erörterung wäre am 2. Mai Zeit gewesen, als der Wahlverein die Petition an die Kammer um Verwerfung des Bundesverfassungs-Entwurfs berieth. Da aber seien gerade die Vertheidiger der Reichsverfassung meist abwesend gewesen; heute sei leider die Principienfrage bereits zur Personenfrage geworden. Die Wähler Breslau's erwarten nun Wahlvorschläge und bestimmte Namen.

Justizrath Simon bedauert, daß er gerade in Abwesenheit des erkrankten Antragstellers das Wort ergreifen müsse. Die Gründe, die man gegen den Antrag Dr. Stein's vorgebracht, seien Scheingründe. Die Verwerfung des Antrages sage nicht mehr noch weniger, als daß Diejenigen, die für die Verfassung gestimmt haben, nicht mehr zur Partei gehören. Er protestirt gegen die Unterstellung des Vorsitzenden, daß nur diejenigen dem Programm der Fortschrittspartei treu geblieben seien, welche gegen die Verfassung gestimmt oder sich erklärt. Diese Unterstellung und Verdächtigung gerade mache eine Discussion und Abstimmung über den Antrag Stein zur Ehrensache. Er seinerseits werde sich einer solchen Aburtelung, wie sie in der Unterstellung des Vorsitzenden und in den verdächtigenden und verdammenden Resolutionen des Arbeitervereins und Anderer geschehen, niemals fügen, und seine Gesinnungsgenossen ebenfalls nicht. Als freie Männer nähmen sie das Recht der freien Meinungsäußerung in vollem Maaße in Anspruch. (Lebhaftes Bravo.) Die Frage des Zusammengehens Derjenigen, welche für die Annahme der Verfassung gestimmt, resp. sich erklärt, sei auch von der Fortschrittspartei in Berlin erörtert und es sei die Parole von dort gekommen: Zusammengehen, wo man auf die Majorität allein nicht rechnen könne. Er habe den Herrn Laßwitz als Vorsitzenden des Vereins wiederholt schon vor mehreren Tagen aufgefordert, im Sinne des Antrags Stein Seitens des Vorstandes der Versammlung die Einigkeit zu empfehlen, was aber mit dem Bemerken verweigert sei: „wenn er, Laßwitz, vorhersehen könne, daß ein solcher Antrag im Vereine die Majorität erhalte, so würde er ihn allerdings stellen, er glaube aber nicht an eine solche Majorität." Der Beschluß des Wahlvereins vom 2. Mai habe nichts zu bedeuten, die Petition habe nur 134 Unterschriften erlangt; was wolle das gegen Breslau's 30,000 Wähler sagen? Auch die National-Liberalen im Reichstage haben bis zum letzten Augenblick festgehalten an der Partei, bei der Endabstimmung aber haben dieselben das nationale Interesse als das Höhere erkannt und ihm nachgegeben. Ihm selbst (dem Redner) sei seine Zustimmung nicht leicht geworden; er habe bei Annahme der Reichsverfassung bald die Folgen für ihn vorausgesehen; indeß er trachte nicht nach Popularität. Es handle sich bei diesem Antrage um die Sache; es handle sich darum, ob die Gegner ihrer Ansicht durch Annahme des Stein'schen Antrages erklären, daß sie auch ihre fernere politische Arbeit in Gemeinsamkeit mit ihnen fortsetzen, oder ob sie durch Ablehnung des Antrages das Band zerreißen und nichts mehr von ihnen wissen wollen. In dem Uebergange zur Tagesordnung liege ein Beweis von Verachtung. Wählen Sie, fügt der Redner hinzu, wen Sie wollen, aber die Männer unserer Ansicht werden sich einer solchen Tyrannei nie unterwerfen. Stein, fährt Hr. J. Simon fort, habe einen zweiten Antrag gestellt, daß nach gefaßtem Wahlbeschlusse des Wahlvereins kein Mitglied mehr dagegen agitiren dürfe, wie es das letzte Mal geschehen sei. Redner wirft hierauf einige Rückblicke auf frühere Wahlvorgänge bei der Wahl Zieglers, dem die „Entschiedenen" Graf Ed. Reichenbach entgegengestellt hatten, der jetzt, schon vor den Reichstagsbeschlüssen, sich für Annahme der Reichstagsverfassung ausgesprochen; er wirft einige Rückblicke auf seines Cousins, Heinrich Simon, Parteistellung, der hier sogar 1848 für einen „Reactionär" erklärt sei. Bei einer großen Sache könne man sich eben nicht an Schablonen halten. Redner warnt schließlich, unter lebhafter Zustimmung vor Terrorisirung, an all' jene Vorgänge der Geschichte erinnernd, wo bei Hervortreten neuer Gestaltungen und Ideen die Leidenschaft sich bis zur Verketzerung gestaltet.

Laßwitz erklärt die Behauptungen Simon's betreffs der Parole aus Berlin und ihrer beiderseitigen Besprechungen für unrichtig, wird von Simon widerlegt, bemerkt, demselben auf das Gebiet nicht folgen zu wollen, verliest die betreffende Zuschrift aus Berlin, aus der sich zu allgemeinem Erstaunen der Versammlung die Richtigkeit der betreffenden Behauptung Simon's ergiebt. Sodann kommt Dr. Steuer zum Wort, der gegen den Antrag Dr. Stein's bemerkt, daß die Annahme desselben gar nichts besage. Das Schisma sei erwiesen, schon durch die heutige Verhandlung; die Ablehnung des Antrages aber habe eine ausgesprochene Trennung beider Seiten zur Folge. Er würde gern für Dr. Stein's Antrag stimmen, wenn er der Majorität sicher wäre. Die „entschiedene Partei" wolle die Einigkeit im Vereine erhalten. Eine Trennung von heute sei zwecklos, wo es nur noch zu retten gelte, was preisgegeben worden sei.

Particulier Riemann spricht hierauf für den Stein'schen Antrag und gegen Tagesordnung, die schlimmer sei als eine Verwerfung desselben.

Dr. Elsner: „Wer für Vertagung der Frage sprechen wolle, kenne die Breslauer Geschichte nicht. Er bittet dringendst um Annahme des Stein'schen Antrages und verlangt denselben als eine Ehrenerklärung. Man habe von „Renegaten" gesprochen und es gebe keinen größeren Vorwurf als diesen Namen. Es seien im Wahlverein, in der Presse und anderen Vereinen die schärfsten Resolutionen gefaßt und ehrenrührige Aeußerungen gefallen, und Mißtrauensvota ertheilt worden gegen seine Gesinnungsgenossen. Sie wünschen die Annahme jenes Antrages als einen Ausspruch, daß es jetzt nicht mehr darauf ankomme. Er habe selbst oft sich in der Minorität befunden und dann doch thätig für den Beschluß der Majorität gewirkt. Man möge sich der Geschichte der Breslauer Bewegung erinnern, wie lange man vereint gestrebt und gelitten, und in der Annahme des Stein'schen Antrages das Wort der Versöhnung sprechen!" (Vielfaches Bravo!)

Justizrath Bouneß wendet sich gegen einige von früheren Rednern ausgesprochene Vorwürfe über stattgefunden haben sollenden Terrorismus im Wahlverein. Es sei keine Kategorie der Wähler in der Aussprache ihrer Meinung beschränkt worden, er bemerkt noch, daß durch Wahlvorschläge, die von ihm oder Anderen zu Gunsten außer der Partei stehender Männer, wie Schöller, Hobrecht, Twesten, Kirchmann, Ziegler u. A. gemacht worden seien. So solle es auch jetzt geschehen, die heutige Discussion hätte dann erspart werden können. Man schlage vor und lasse die Wähler abstimmen; Justizrath Simon habe von Tyrannei gesprochen, die in der Abstimmung über Tagesordnung liege. Die Erörterung des Antrages sei nicht opportun. Laßwitz' Antrag sei richtig. In dem Antrage liege ein Programm. Ein solches sei niemals bei Wahlen vom Wahlverein aufgestellt. Er wird durch Elsner und Simon widerlegt, welche an das Programm der letzten Wahlen erinnern, auf Grund dessen Jacoby's Wahl abgelehnt wurde. Hierauf wird Schluß beantragt und angenommen. Bei der Abstimmung wird Laßwitz' Antrag auf Tagesordnung mit 80 gegen 78 Stimmen abgelehnt, der Antrag Dr. Stein's bei Abstimmung durch Händeaufheben mit 83 gegen 79 Stimmen abgelehnt, bei entstandenem Zweifel an Richtigkeit des Resultates durch Auseinandertreten nochmals abgestimmt und der Antrag mit 86 gegen 85 Stimmen angenommen.

Es kommt darauf der zweite Antrag Dr. Stein's, daß gegen einen durch Vereinsbeschluß festgestellten Candidaten kein Mitglied mehr agitiren dürfe, zur Berathung. Unter großer Unruhe motivirt ihn Herr Dr. Elsner, unter noch größerer erklärt Redacteur Dumas sich dagegen, indem er bekennt, daß er sich eintretenden Falls nicht hindern lassen werde, eine ihm mißliebige Wahl zu bekämpfen. Bei der großen Unruhe und weit vorgerückten Zeit wurde die Berathung abgebrochen, sowie die Wahl des Wahlcomite's vertagt und damit die Sitzung nach 10½ Uhr geschlossen. — Nächste Sitzung vermuthlich Donnerstag den 18. d. M.

Breslau, den 16. Juli. [Tagesbericht.]

⁂ [Die nächste Sitzung der Stadtverordneten] wird, wie bereits in der Sonntags-Nummer gemeldet, Donnerstag, den 18. Juli stattfinden, um namentlich einige Dringlichkeits-Anträge des Magistrats zu erledigen, in Bezug auf welche eine Beschlußfassung in letzter Sitzung der Stadtverordneten wegen zu geringer Anzahl der Mitglieder nicht möglich war. Den Inhalt dieser dringlichen Vorlagen hat die „Breslauer Zeitung" bereits in derselben Nummer (323) vollständig mitgetheilt. Außerdem werden noch 2 neue Dringlichkeits-Anträge bezüglich zu gewährender Unterstützungen zur Verhandlung kommen.

◡ [Zur Verschönerung des Ringes.] Die am Rathhause gelegene Baude, welche zur Verbreiterung des Ringes durch die Stadtgemeinde angekauft worden war, wurde heute endlich abgebrochen. Der Abbruch fand darin seine Verzögerung, daß die Erben des inzwischen verstorbenen Verkäufers (2c. Westelmüller) erst durch Erkenntniß des königlichen Stadtgerichts zum Abbruch der Baude verurtheilt werden mußten. Auf jener Seite steht nur noch eine Baude, welche hoffentlich bald jener nachfolgen wird.

+ [Die bestehende Polizeiverordnung,] wonach beladene Wagen mit Kaufmannsgütern vom Nikolaithore bis zum Ohlauerthore oder entgegengesetzt zu fahren haben, dabei nicht durch die innere Stadt passiren dürfen, wird noch vielfach, theils wegen Unkenntniß des Gesetzes, theils auch absichtlich übertreten. In dem Zeitraume vom 1. Januar bis zum 1. Juli d. J. sind 102 Contraventionen zur Anzeige gebracht worden, wobei die betreffenden Fuhrwerksinhaber mit einer Polizeistrafe belegt worden sind. — Es ist die strenge Handhabung dieser Polizeiverordnung um so mehr gerechtfertigt, als der überaus große Fuhrwerksverkehr durch die engen Straßen der innern Stadt für die Bewohner mit den größten Belästigungen verknüpft ist.

=f.= [Wetterschaden.] Bei dem gewaltigen Sturme, der heute Vormittag 10 Uhr von Westen her über unsere Stadt brauste, ereignete es sich, daß ein ca. 20 Fuß langer Ast einer in der Nähe des Humanitätsgarten stehenden Silberpappel herabgebrochen wurde und in das dort befindliche große Rondel hineinfiel. Da der Ast durch einen vorstehenden niedrigeren Baum aufgehalten wurde, so bestand glücklicherweise der ganze Schaden darin, daß er zum Theil auf eins der im dortigen Rondel stehenden strauchartigen amerikanischen Topfgewächse fiel. Drei Männer waren kaum im Stande, den Ast wegzuschaffen. — Im Scheitniger Park soll der Sturm, wie wir vernehmen, nicht unbedeutende Verwüstungen angerichtet haben.

⁂ Historische Statistik der evangelischen Kirche in Schlesien, nebst einer Kirchenkarte, verfaßt von F. G. Anders, Superintendent a. D. und Pfarrer von Rosenhayn 2c. — Breslau, W. Gottlieb Korn. 1867. — Der Herr Verfasser hat uns seit länger als 20 Jahren mit einigen statistischen und historisch-chartographischen Arbeiten beschenkt, welche den allgemeinsten und wohlverdienten Beifall gefunden haben. Mehrfache Aufforderungen, namentlich von maßgebender Seite, haben das oben genannte Werk hervorgerufen, welches eine verbesserte und vermehrte Ausgabe der früher in Glogau herausgegebenen „Statistik der evang. Kirche in Schlesien" ist. Der Beifall wird auch diesem Werke nicht fehlen, ja gewiß den früheren sogar übersteigen, denn wo man früher noch Lücken spürte, Ergänzungen wünschte 2c., diesen Bedürfnissen und Wünschen allen ist hier Rechnung getragen. Es ist ein überaus mühevolles, aber trefflich gelungenes Werk, das keinem evangelischen Prediger, Beamten 2c. fehlen sollte und das sich gewiß auch nicht allein in diesen Kreisen, sondern auch darüber hinaus einbürgern wird. — Wie begründet diese Erwartung ist, dürfte schon aus der Andeutung des ungemein reichen Inhalts des gegen 900 Seiten zählenden Werkes hervorgehen. Dasselbe zerfällt in drei Haupttheile. Der 1. oder allgemeine Theil ist der historische und zerfällt in 6 Abschnitte (z. B. 1. Abschnitt: „Die evang. Kirche in Schlesien von Einführung der Reformation bis zur massenhaften Reducirung der Kirchen in Folge des westfälischen Friedens." — 6. Abschnitt: „Die evang. Kirche Schlesiens seit den Anfängen kirchlicher Selbstständigkeit.") — Der 2. oder specielle Theil hat ebenfalls 6 Abschnitte. (z. B. 1. Abschnitt: die königl. Kirchen- und Schulbehörde und Universität zu Breslau; 2. Abschnitt: Synodalverband Breslau; 3. Abschnitt: die Synodalverbände im Reg.-Bezirk Breslau u. s. w.) — Der 3. Theil giebt im 1. Abschnitte Uebersichten, im 2. Abschnitte das Bild einer schlesischen Diöcese, behandelt im 3. die Gesangsbuchreform und im 4. den Ruf: „Mehr Geistliche! Mehr Kirchen!"; im 5. das Kirchen- und Schulrecht; im 6. Abschnitte die Verfassung der evang. Kirche. Dann folgen noch Beilagen, ein Schlußwort, Nachträge, Verbesserungen, ein alphabetisches Verzeichniß der evangel. Kirchorte und ein alphabetisches Verzeichniß der jetzt fungirenden Geistlichen. Diesem so ungemein reichhaltigen Werke ist eine vortreffliche Karte beigegeben, welche ein sehr anschauliches Bild von „Schlesien in evang. kirchlicher Hinsicht am Anfange des Jahres 1866" gewährt. — Die Ausstattung und der Druck sind sehr gut. Der Subscriptionspreis auf dieses umfangreiche Werk ist 2 Thlr., für die Karte allein 10 Sgr.

+ [Berichtigung.] In Folge eines von einem Kreisdeputirten des Brieger Kreises an die Redaction gerichteten Schreibens sehen wir uns veranlaßt, zu dem in Nr. 317 d. Ztg. aus der Berliner „Tribüne" entlehnten Referate, „Die Verhaftung eines Rittergutsbesitzers aus dem Brieger Kreise" betreffend, Folgendes nachträglich mitzutheilen. Der in Berlin verhaftete Rittergutsbesitzer Grodzky gehört nicht dem Brieger, sondern dem Glatzer Kreise an und befindet sich gegenwärtig in Brieg in Untersuchungshaft.

+ [Unglücksfall.] Beim Brückenbau an der Oder beging gestern Nachmittag der dort beschäftigte Zimmergeselle Kiok die Unvorsichtigkeit, seine linke Hand auf den Pfahl aufzulegen, als gerade der eiserne, mehrere Centner schwere Rammbär herunterfiel, in Folge dessen ihm drei Finger zermalmt wurden. Der Verunglückte mußte nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft werden, woselbst ihm die verstümmelten Gliedmaßen amputirt wurden.

Liegnitz, 15. Juli. [Mannschießfest. Schluß.] Obgleich Freitag und Sonnabend nicht zum Feste gehörten, hatte das schöne Wetter ein zahlreiches Publikum auf den Haag gelockt, welches sich für den verwässerten Donnerstag entschädigen zu wollen schien, und um dieses in vollem Maße zu können, auch die Nächte zu Hilfe nahm. Es wurde getanzt, musicirt, poculirt und jubilirt nach besten Kräften, und so war denn endlich der Sonntag gekommen, auf den alle Hoffnung theils der Schaulustigen, theils der Acteurs und Restaurateurs gesetzt war. Gegen Mittag bemerkte man deutlich, daß ein großer Zuzug vom Lande wiederum die Stadt fülle.

Nachmittags gegen 4 Uhr versammelten sich die Innungen und Corporationen mit Fahnen, Emblemen und Musikcorps vor dem Schießhause, nahmen dort den Königszug in ihre Mitte und gleich nach 4 Uhr setzte sich der Zug nach der Stadt in Bewegung. Bezeichnend genug trugen die Gesellen der Fleischer-Innung statt der hinausgetragenen Wurstguirlanden nun mit Luft gefüllte Därme, mit der auf einer Tafel befindlichen Inschrift:

„Das Fest ist vorüber, die Lust ist jetzt aus,
Drum ziehen wir Fleischer zufrieden nach Haus,
Wir haben nach Kräften das unsre gethan,
Der Lust und dem Frohsinn zu brechen die Bahn.
Wir stillten den Hunger, erregten viel Durst
Durch uns're Producte — haupsächlich durch Wurst;
Uns blieben nur noch die Därme voll Wind,
Die leer heut wie mancher Geldbeutel sind."

Auf dem Markte angelangt, hielt der Commandant, Herr Kaufm. Raymond, eine Ansprache, in welcher er den Festtheilnehmern dankte und der Stadt Liegnitz ein Hoch ausbrachte, welches stürmischen Widerhall fand. Sodann vom Commandanten entlassen, setzten sich die Innungen und Corporationen einzeln in Marsch um sich theils aufzulösen, theils wieder nach dem Haage zu begeben, auf dem sich unterdessen ein buntes Treiben entwickelt hatte. Ueberall wurde auf den Tanzplätzen getanzt, das Gedränge vor den Paschbuden gestattete kaum die Passage, auch die Schaubuden waren im weiten Kreise von Neugierigen umstanden. Allmälig begannen aber die Zeltgenossenschaften, und namentlich die weiblichen Angehörigen derselben, in den Zelten Platz zu nehmen, um mit Bequemlichkeit den Glanzpunkt des Festes, die Polonaise des Königsballes durch die Zelte, zu sehen. Gegen halb acht Uhr verkündeten Böllerschüsse den Anfang dieses Zuges vom Schießhause aus und sofort sah man das noch auf dem Haage zerstreute Publikum in der größten Hast die Zwischenräume zwischen den Gewerkszelten besetzen, um den Zug in der Nähe beschauen und die Toiletten der Balldamen bewundern zu können. Allerdings wurde die Geduld etwas auf die Probe gestellt, denn in den meisten Zelten wurden den Theilnehmern des Zuges Erfrischungen angeboten und Anreden gehalten und erwidert, so daß derselbe nur langsam vorschreiten konnte. Voran marschirten mit Musik die Zimmerleute, ein zweites Musikcorps brachte die Maurer im Gefolge, dann eröffneten die Stadttambours mit der Regimentskapelle die eigentliche Polonaise. Nächst dem Commandanten und Adjutanten kam, geführt von den Commissarien, der König des Festes, Herr Particulier Henne, geschmückt mit der prächtigen Königskette. Ihm folgte der Nebenkönig, Herr Sattlermeister Strempel, auch geleitet von den Commissarien, dann der Pfingstkönig, Herr Kunstdrechsler Naujock, geleitet von den Commissarien der Schützengilde, und darauf, geführt von den eingeladenen Herren, in reizender und geschmackvoller Toilette würdige und anmuthige Damen in langer Reihe. — Nach 9 Uhr wurde ein Feuerwerk auf dem hinteren Theile des Haages abgebrannt. Gerade noch zu rechter Zeit war dies zu Ende, denn ein ziemlich schweres Gewitter, welches längst schon mit grellen Blitzen das Feuerwerk überboten und manchen Aengstlichen verscheucht, sandte, ob es zwar seitwärts zog, von seinem rechten Flügel aus einen recht derben Regen, der das Publikum vom Haage weg nach Hause fegte. Nur die Muthigsten, oder die zu weit nach Hause hatten, benutzten die Restaurationslocale, um auch heute zum Schlusse des Festes den Becher bis auf die Neige zu leeren. Und wirklich belohnte der Himmel die Beharrlichkeit, denn nach einer Stunde trat der Mond aus dem Gewölk hervor und mag der alte Gesell manch' Schwankendem nach Hause geleuchtet haben, wenn nicht etwa Letztere es vorgezogen, zu größerer Sorgfalt den anbrechenden Tag abzuwarten. (Stadtbl.)

♉ **Neumarkt**, 15. Juli. [Schulenrevision. — Diebstahl. — Ruhr — Beginn der Ernte.] In den Tagen der vergangenen Woche revidirte der königl. Consistorial- und Schulrath Herr Bellmann aus Breslau eine Anzahl Schulen in hiesiger Gegend. Am Montag begann diese außerordentliche Revision in hiesiger Stadtschule und wurde dann in den folgenden Tagen fortgesetzt in den Schulen zu Onerkwitz, Rackschütz, Keulendorf, Blumerode, Dambritsch, Obsendorf, Buchwald, Borne, Lampersdorf, Frankenthal, Rausse, Camöse, Maltsch und Regnitz. — In derselben Woche wurde einem Stellenbesitzer in Zieserwitz ein Kalb aus dem Stalle gestohlen, ¾ Meilen weit transportirt und dann in einem Haferfelde des Dominiums Frankenthal dicht am Dietzdorfer Wege geschlachtet. Das Fleisch war mit fortgenommen worden, das Fell lag aber noch zusammengerollt im Getreide. Zufällig wurde es durch Arbeiter entdeckt. Die sauberen Diebe hatten sich den Eingang in das Feld, wo sie wahrscheinlich die folgende Nacht das Fell holen

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

wollten, in der Wasserfurche mit kreuzweis übereinander gelegten Grasbüscheln gezeichnet. — Im benachbarten Flämischdorf ist seit einigen Wochen die Ruhr so hartnäckig aufgetreten, daß sie schon mehrere Opfer unter Kindern und Erwachsenen gefordert hat. Im letzten Kreisblatt warnt der Herr Landrath vor dem Genuß der Kirschen, Salat, Gurken ꝛc., damit sich diese Krankheit nicht anderwärts auch einschleiche. — Die Getreideernte hat heute in hiesiger Gegend mit dem Roggenschnitt begonnen, die Rapsernte ist aber noch nicht beendet. Ein Glück, daß wir nach den vielen Regentagen endlich wieder besseres Wetter bekommen haben.

≈ **Guhrau**, 14. Juli. [Jubelfeier des Westpr. Kürassier-Regiments Nr. 5.] Das Westpreuß. Kürassier-Regiment Nr. 5 feierte heute das 150jährige Bestehen, verbunden mit der Gedenkfeier an den Siegestag bei Tobitschau, den 14. Juli 1866, wobei das Regiment 16 Kanonen eroberte. Seit dem October 1852 befindet sich die 2. Schwadron dieses Regiments hier in Garnison. Die ganze Stadt hatte ein Festgewand angelegt. Die meisten Gebäude waren mit schwarz-weißen Fahnen, Guirlanden und Kränzen geschmückt. Jeder sah mit Stolz auf die Eroberer der 16 Kanonen bei Tobitschau und gedachte der ruhmreichen Thaten unserer Schwadron, als die Nächstbetheiligte an der Eroberung. Bereits am Tage vorher fand ein Diner von 60 Personen statt; Abends dieses Tages war ein Ball arrangirt. — Gegen 50 auswärtige Gäste, darunter hohe Offiziere, waren zum Fest erschienen. Für beide Stadtbehörden war nur der Herr Bürgermeister Schenkemeyer zum Diner und Ball eingeladen worden. Der geräumige Rathhaussaal war mit Fahnen, dem Bildniß Sr. Majestät des Königs, den Büsten der königl. Hoheiten des Kronprinzen und des Prinzen Friedrich Carl sinnreich decorirt. Heut um 10 Uhr Vormittag war auf dem Exercierplatze vom ganzen Regiment große Parade. Herr Divisions-Prediger Apelt hielt auf einem erbauten Altar eine gediegene Rede. Demnächst überreichte Herr Bürgermeister Schenkemeyer namens der Stadt Guhrau und die Stadt Wohlau durch ihren Bürgermeister dem Regiments-Commandeur eine Adresse. Die Vertreter der Stadt Herrnstadt und Winzig sprachen nur kurz ihre Glückwünsche aus. — Von 2 Uhr Nachmittag ab fand das eigentliche Fest-Diner im Rathhaus-Saale unter den Klängen der Regimentsmusik statt, wobei 160 Personen speisten. Gegen 40 telegraphische Depeschen mit Beglückwünschungen waren im Laufe des Nachmittags eingegangen. — Abends hatte die ganze Stadt illuminirt, wobei sich besonders das Rathhaus, die Gebäude des Herrn Baumeisters L. Grunwald, der Herren Kaufleute Scheibe und Hübner auszeichneten.

w. **Oels**, 14. Juli. [Industrielles. — Gasanstalt.] Ihre Zeitung nahm jüngst von der industriellen Unternehmung einer Breslauer Firma Notiz, welche 12,000 Uniform-Anzüge für die königl. sächsische Armee anfertigte. Wir freuen uns, auch von hier aus einmal über provinzielle Industrie berichten zu können. Der hiesigen Militär-Effecten-Handlung von Herrn Eduard Sachs ist bereits Anfang Mai d. J. die Anfertigung von 15,000 vollständigen Militär-Uniformen von der königl. sächsischen Regierung übertragen worden und erfahren wir, daß, nachdem diese Lieferung zur größten Zufriedenheit der Behörde beendet ist, der augenblicklich wiederholt in Dresden weilende Disponent genannter Firma wiederum mit einer neuen, sehr bedeutenden Lieferung seitens der königl. sächsischen Regierung beauftragt worden ist. — Auch den Bewohnern unserer Stadt soll endlich ein anderes Licht aufgehen, indem Magistrat allen Ernstes jetzt mit dem Plane umgeht, eine Gas-Anstalt hierorts zu errichten.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

K. **Ostrowo**, 13. Juli. [Zur Tageschronik.] Mit dem 1. October d. J. scheidet der bisherige Bürgermeister Augustin auf seinen eigenen Antrag mit der wohlverdienten Pension aus dem hiesigen Communaldienste. Zur Wahl eines Nachfolgers stand am 11. d. M. Termin an. Von den 15 Bewerbern ist der Bürgermeister Kastner aus Kurnik gewählt worden. Möge seine Wahl der hiesigen Commune zum Wohle gereichen. — Die auf Kosten der hiesigen Commune gebauten beiden Kasernen für das hier in Garnison stehende Bataillon werden binnen Kurzem gänzlich vollendet sein. Theilweise werden dieselben schon jetzt benutzt. — In drei bis vier Monaten dürfte auch bei uns die Gasbeleuchtung eingeführt sein. Die nöthigen Schritte hierzu sind bereits gethan. Hoffentlich werden wir uns dann einer besseren Beleuchtung der Stadt erfreuen, als dies bis jetzt der Fall war. — Vor Kurzem fand in dem 3¾ Meilen von hier entfernten Kalisch bei sämmtlichen Kaufleuten eine Recherche nach unverzollt eingeführten Waaren statt. Die betreffenden Beamten haben eine beträchtliche Menge davon vorgefunden. Nach den russischen Zollgesetzen wird nicht allein die defraudirte Waare confiscirt, sondern der Defraudant hat auch außerdem den zweifachen Werth des ohne Zoll eingebrachten Gegenstandes als Strafe zu zahlen; anderer damit verknüpften großen Unannehmlichkeiten nicht zu gedenken. — Der Stand unserer Feldfrüchte berechtigt zu einer guten Mittelernte. Die Kartoffeln sind in Folge der Nässe an vielen Stellen nicht aufgegangen. Die Sommerfrüchte stehen gut. — Das 2¾ Meilen von hier entfernte Jagdschloß Antonin wird gegenwärtig renovirt. Der Besitzer Fürst Radziwill in Berlin wird Ende dieses Monats dort eintreffen und einige Zeit verweilen. — Zwischen hier und Krotoschin 3¼ Meile befindet sich keine Postanstalt. Im Interesse der ländlichen Bewohner beabsichtigt die Postbehörde in dem Dorfe Daniszyn, von Ostrowo 1¾ Meilen entfernt, binnen Kurzem eine Post-Expedition zu etabliren. — Das vor einiger Zeit so viel besprochene Project einer Eisenbahn von Oels über Ostrowo und Kalisch nach Lodz, resp. Ostrowo-Lissa scheint jetzt vollständig in den Acten begraben zu sein. Für den östlichen Theil des Regierungs-Departements Posen ist eine Eisenbahn zur Nothwendigkeit geworden.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 16. Juli. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pfd.) höher, gek. — Ctr., pr. Juli 63 Thlr. bezahlt, Gld. und Br., Juli-August 56⅝—¾ Thlr. bezahlt, August-September 53½ Thlr. Br., September-October 50¾—51 Thlr. bezahlt, October-November 49¼ bis 49½—¼ Thlr. bezahlt.

Weizen (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Juli 81 Thlr. Gld.

Gerste (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Juli 54 Thlr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pfd.) höher, gek. — Ctr., pr. Juli 52 Thlr. Gld.

Raps (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Juli 95 Thlr. Gld.

Rüböl (pr. 100 Pfd.) geschäftslos, gek. — Ctr., loco 11⅓ Thlr. Br., pr. Juli, Juli-August und August-September 11⅓ Thlr. Br., September-October 11½ Thlr. Br., October-November 11½ Thlr. Br., November-Dezember 11⅔ Thlr. Br.

Spiritus höher, gek. 10,000 Quart, loco 20⅚ Thlr. Gld., 20⅓ Thlr. pr. Juli, Juli-August und August-September 19⅚ Thlr. Gld., September-October 18⅔ Thlr. Gld., October-November 16⅚ Thlr. Gld., November-Dezember 16½ Thlr. Gld. und Br.

Zink ohne Umsatz. **Die Börsen-Commission.**

Badische 35-Fl.-Loose von 1845. Verloosung vom 28. Juni 1867. Auszahlung am 1. October 1867 bei der Eisenbahn-Schulden-Tilgungskasse zu Carlsruhe.

Am 31. Mai 1867 gezogene 20 Serien:

Serie 86 198 980 1076 1233 1616 2244 2350 2556 2807 2868 3446 3829 4066 4788 4880 5704 5907 6627 6985.

Gewinne:

à 1000 Fl.

Nr. 4299 53784 80752 117482 172289 191418 285156 295318 295319 331309.

à 70 Fl.

Nr. 4252 55 59—63 66 69 73 74 76 77 79 82—84 86 88 91 93 95 96 98 4300 9851 52 56—59 62 64 66 69 71 72 75—79 84 86 87 89 92 93 98 99 48955—58 960 962 963 965 969—71 973 975—79 983 984 986 988 994—97 53751—53 756 757 760 761 763—69 777 780 781 785 786 792—95 798 800 61602 603 606 608 610 611 617—20 622 625 629 633 635 636 642 644 650 753 754 756—62 766 769—71 773 776—81 784—87 790 793 797—99 112156 166 168 169 171 172 174 176 179 180 183 185—87 191 195 197 198 117451—53 456 459 462 466 468 469 473 474 477 479 485 486 488 489 491—97 500 127752 754 756 757 760 762 763 765 767 769 771 773 775—78 780 782 787 788 791 795 797 800 140304 306—309 311 315 317 319 320 323—328 330 333 339 340 342 344 348 350 352 353 356 357 359 361—369 371—373 375 378 385 388 389 391 397 398 172254 256—258 260 261 265—268 273 274 276 282 286 287 290 291 298 299 191402—404 407 408 411 412 415 420—422 424 427 430—432 439 441—443 445 446 449 203254 255 258 259 261 263 266—270 272—277 280—282 285 288 290—292 295 297—300 239352 354 356 357 363 365 367 368 371 375 379 381 383 386 388—390 392—395 399 400 243951 954 955 957—960 964 965 967 968 970 972 973 975 977 980 983 985 988 990—992 994 997—999 285151 153—155 159 160 162 164 165 169 171 173 175—178 180 181—183 187—193 195—197 199 200 295302 304 306 307 309 310 315 321 322 324—326 329 331 333 334 338 339 342—346 348 331304 306 308 312 313 318—320 322 325 328 330—332 338 342 343 346—349 349201 204 209 210 212 216 224—226 229 233 236—239 242 244 246 247 250.

à 51 Fl.

Alle übrigen in obigen 20 Serien enhaltenen, hier nicht besonders aufgeführten Nummern.

Eisenbahn-Zeitung.

—r. **Namslau**, 15. Juli. [Verlängerungen der Rechten-Oder-Ufer-Eisenbahn.] Bereits in Nr. 239 d. Ztg. vom 24. Mai machte ich die Andeutung, daß die Verlängerung der Rechten-Oder-Ufer-Eisenbahn nach Czenstochau im Werke sei. Diese Bahn sollte ursprünglich von Creuzburg über Rosenberg und Herbi nach Czenstochau führen und würde zwischen Breslau und Warschau eine weit kürzere Verbindung, als die bisherige Verbindung über Kattowitz hergestellt haben. Nachdem aber neuerdings das Project einer Eisenbahn von Cosel über Neisse, Glatz und nach Wildenschwerdt zur Verbindung mit den österreichischen Bahnen aufgetaucht ist, beabsichtigt man, die Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn auch in einer anderen Richtung, und zwar von Colonowska über Groß-Strehlitz nach Cosel zu verlängern. Durch diese letztere Verbindung würde die Entfernung zwischen Warschau und Prag um viele Meilen abgekürzt, gleichzeitig aber auch eine directere Verbindung mit dem südwestlichen Deutschland hergestellt werden. — Käme diese zweite Verlängerung der Rechten-Oder-Ufer-Eisenbahn wirklich noch zur Ausführung, so würde allerdings das frühere Project, von Creuzburg über Rosenberg und Herbi nach Czenstochau zu bauen, in der Art eine Abänderung erleiden müssen, daß dann, statt von Creuzburg, von einem anderen Orte, vielleicht von Mischline (die Bahnstation zwischen Rosenberg und Guttentag), über Herbi nach Czenstochau gebaut wird. Hierdurch würde zwar wieder der Weg nach Warschau um circa 2 Meilen länger, — dennoch dürfte diese letztere Linie den Vorzug verdienen, denn durch sie wird die Linie Colonowska-Cosel bedingt. Speciell für den Namslauer Kreis wird diese unbedeutende Verlängerung — so lange wir noch nicht mit Brieg durch eine Bahn verbunden sind — reichlich durch den Vortheil einer Verbindung mit den österreichischen Bahnen aufgewogen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

□ **Breslau**, 14. Juli. [In der Proceßsache der Prioritäteninhaber Lit. E. der Oberschlesischen Eisenbahn] gegen die Gesellschaft wegen der unterlassenen Amortisation im Jahre 1863, haben wir in Nr. 1 dieser Zeitung den Inhalt des im Dezember v. J. von dem hiesigen königl. Appellgerichte gefällten Erkenntnisses mitgetheilt, nach welchem die erstinstanzliche Verurtheilung der Gesellschaft zur Einlösung der gekündigten Obligationen, hauptsächlich aus dem Grunde aufrecht erhalten wurde, weil bei richtiger Vertheilung der Betriebsüberschüsse der Breslau-Posen-Glogauer Bahn in gedachtem Jahre, in der Art, daß zunächst hinter den Zinsen der Obligationen E. diejenigen der Obligationen F. nur mit 3½% statt wie geschehen mit 4½% zum Ansatz gekommen wären, ein Betrag von 41,946 disponibel geblieben sein würde, woraus die statutenmäßige Amortisation der E. mit 40,000 Thlr. bewirkt werden konnte. Der andere eventuelle Klagegrund, daß die Gesellschaft nicht zum Mindesten die im Jahre 1863 ersparten Zinsen für die im Jahre 1862 ausgeloosten 34832 Thlr. im Betrage von 1218 Thlr. selbstständig zur Amortisation verwendet habe, wurde vom Appellrichter als unhaltbar verworfen, weil die letzterwähnte Summe kein ausreichendes Amortisationsquantum bilde, bei welchem alle 3 Serien der Obligationen à 1000, 500 und 100 Thlr. gleichmäßig berücksichtigt werden könnten, worauf dieselben ein vollkommenes Recht besitzen.

Vor einigen Wochen ist nun, in Bezug auf diesen Gegenstand in einem andern Processe von demselben Gerichtshof ein neues Appellationserkenntniß ergangen, welches genau zu dem entgegengesetzten Resultat gelangt, indem es den ersterwähnten Klagegrund total verwirft, den letztern aber für durchgreifend erachtet. Dieses mit gleicher Schärfe und Gründlichkeit verfaßte Urtheil beweist aus den Privilegien über die Obligationen E. und F., daß die letztern in Bezug auf ihre Verzinsung den erstern völlig gleichstehen, also mit dem vollen Zinssatze von 4½%, als ein wesentlicher Theil des Anlagecapitals der Breslau-Posen-Glogauer Bahn, zur Perception kommen müssen, bevor an eine Amortisation der E. gegangen werden kann. Es wird hiernach die zeither beobachtete Vertheilung der Ueberschüsse als eine durchaus statutenmäßige und richtige anerkannt. — Dahingegen wird der zweite Klagegrund als zutreffend erachtet und eine Privilegienverletzung darin gefunden, daß die 1218 Thlr. nicht selbstständig zur Amortisation verwendet worden sind. Nach der Ansicht dieses Urtels ergiebt sich aus der Gleichberechtigung der Prioritäts-Obligationen aller 3 Serien nur so viel, daß keine der verschiedenen Appoints-Gattungen von der Verloosung ausgeschlossen werden darf, und daß daher diese Verloosung nur dann nicht zulässig sei, wenn der zur Amortisation zu verwendende Betrag zur vollständigen Befriedigung nicht wenigstens Eines Appoints der höchsten Gattung — von 1000 Thlr. — zureichend ist. Diesem Erforderniß sei aber entsprochen, wenn das Amortisationsquantum mindestens 1000 Thlr. betrage, wie es vorliegend doch der Fall gewesen sei. — Im Dezember v. J. hatte der Gerichtshof dagegen die Ansicht vertreten, daß die Verwaltung der Oberschl. Eisenbahn sich den Gläubigern gegenüber verantwortlich gemacht haben würde, wenn sie eine Amortisation mit einer geringeren Summe als 8000 Thaler bewirkt hatte, weil alle Serien im Verhältniß der stattgefundenen Emission gleichmäßig bei der Verloosung berücksichtigt werden müssen. — Dieser Wechsel in den Ansichten, der äußerlich allerdings durch einen theilweisen Personenwechsel veranlaßt ist, beweist zur Genüge, daß der Rechtspunkt in dieser illustren Proceßsache nicht so klar und zweifellos zu finden, als anfänglich von vielen Seiten geglaubt wurde, und daß eine Entscheidung des Obertribunals von höchstem Interesse wäre!

† **Glogau**, 15. Juli. [Schwurgericht.] Unter großer Betheiligung des Publikums gelangte heute vor dem Schwurgerichte zur Verhandlung die Anklage wegen Unterschlagung von königl. Geldern und der unrichtigen Führung von amtlichen Büchern gegen den königl. Kreissteuer-Einnehmer und Hauptmann a. D. Scholtz aus Guhrau, Inhaber des rothen Adlerordens 4. Klasse, Rettungs-Medaille u. s. w. — Der Angeklagte, welcher seit dem 26. September 1858 Kreissteuer-Einnehmer in Guhrau war, hatte außer der Kreissteuerkasse und den zugehörigen Nebenfonds auch die Kasse des Untersteuer-Amtes, sowie die des Bautke-Tschwirtschener Deichverbandes unter sich. Bei der regelmäßigen Revision am 30. Juni 1866, die in Vertretung des Kreislandraths v. Goßler durch den Kreissecretär Lichtenberg abgehalten wurde, bemerkte derselbe, daß in dem Kassen-Abschluß der Kreis-Communal-Kasse der Bestand nur auf 980 Thlr. angegeben war, während ihm bekannt war, daß er ein weit höherer sein müsse. Bei der in Gegenwart des Landraths vorgenommenen außerordentlichen Kassenrevision stellte sich durch das Aufrechnen der in den Einnahme- und Ausgabe-Journalen gebuchten Beträge sehr bald heraus, daß der Sollbestand den vorhandenen Istbestand nicht unerheblich überstieg. Am 3. Juli hatte Scholtz sich in der Apotheke zu Guhrau Strychnin gekauft und nachdem er den Tag über in dem nahegelegenen Walde umhergeirrt, im Laufe der nächsten Nacht nach Herrnstadt sich zu seinem Schwager, dem Obersteuer-Controleur Pfuhl begeben, woselbst er das Gift nahm, um seinem Leben ein Ende zu machen. Den Bemühungen der herbeigerufenen Aerzte gelang es jedoch, sein Leben zu erhalten. Am 5. Juli fand durch den Regierungsrath v. Hertzberg aus Breslau die Feststellung des Defectes statt. Die Herren entdeckten sehr bald, daß die von Scholtz geführten Bücher, namentlich das Einnahme- und Ausgabe-Journal, „unrichtig“ geführt waren; Einnahme-Posten waren nicht eingetragen und Ausgaben wiederum eingetragen, die gar nicht ausgegeben worden. Die Gesammtsumme des Kassendefectes stellte sich auf 4173 Thlr. 9 Sgr. 1 Pf. Bereits in der Untersuchung hat Scholtz gestanden, daß er die Buchung der verschiedenen Einnahmeposten absichtlich unterlassen, um die Kassendefecte mit den eingegangenen Geldern einstweilen zu decken und auf diese Weise der Entdeckung des Defects bei den monatlichen Kassen-Revisionen, namentlich auch bei der am 30. Juni 1866 stattgehabten, vorzubeugen. Scholtz hat es hauptsächlich verstanden, eingegangene Posten später zu buchen; im Jahre 1866 betrugen dieselben z. B. 12,000 Thlr.!! Als Entschuldigung für diese Handlungsweise führte er an, durch die Noth (1400 Thlr. Gehalt!) verleitet worden zu sein, die ihm anvertrauten öffentlichen Gelder anzugreifen und die defectirten Gelder zur Befriedigung seiner Gläubiger verwendet zu haben. Er machte darauf aufmerksam, daß er bereits im Jahre 1858, als er die Kreissteuer-Einnehmer-Stelle in Guhrau übernahm, eine Schuldenlast von 2000 Thlr. gehabt, die sich durch Leihung der zu den Cautionen nöthigen Gelder auf 4000 Thlr. erhöhte, und daß er bei seiner starken Familie außer Stande gewesen, die Zinsen an die Gläubiger und Prämien für Lebensversicherungs-Policen aus seinem Diensteinkommen von 1400 Thlr. zu berichtigen. Scholtz behauptet ferner, daß er durch die wiederholte Kündigung und die Aufnahme eines Darlehn namentlich dadurch, daß vor 3 Jahren, weil er bei den Wahlen conservativ gewirkt, seine zur liberalen Partei gehörigen Gläubiger ihm die zur Bestellung der Amtscautionen geliehenen Gelder gekündigt hatten, in die größte Verlegenheit versetzt und deshalb gedrängt worden sei, die ihm anvertrauten Kassengelder anzugreifen. Die königl. Staatsanwaltschaft bezeichnet in der Anklageschrift diese Behauptung als eine offenbare Unwahrheit! Es ist nämlich ermittelt, daß seine Gläubiger, die ihm das Geld zur Bestellung der Amtscautionen geliehen, ihn in keiner Weise gedrängt haben. Die Wittwe Zirkel hat ihm die geliehenen 600 Thlr. testamentarisch geschenkt, der Gutsbesitzer Ulm, Banquier Beerel und Kfm. Sachs haben die ihm gemachten Darlehen von 400, 200 resp. 100 Thlr. noch heute nicht zurück erhalten. Die Anklageschrift weist ihm gar manches Stückchen nach, wie er es verstanden, aus seinen conservativen Gesinnungen Capital zu machen. Abgesehen davon, daß ihm z. B. im Jahre 1861 mehrere Gutsbesitzer und Beamte, angeblich zur Completirung seiner Caution, 500 Thlr. unverzinslich gewährten, wandte er sich im Jahre 1862 an seine reichen Parteigenossen, die Conservativen, mit der Bitte um ein Darlehn zur Completirung seiner Cautionen, weil einige seiner liberalen Gläubiger, welche die Cautionen ihm geliehen, wegen Wiedererstattung drängten. Die Conservativen erklärten sich auch sofort bereit, in Höhe von 3950 Thlrn. Bürgschaft für ihn zu leisten. In Folge dieser Bürgschaft gewährte ihm der Particulier Kirzel in Guhrau ein Darlehn von 1000 Thlrn. Im Laufe des Jahres 1864 erhielt er durch ähnliche Vorspiegelungen von dem größten Theile der Gutsbesitzer und Gerichtsscholzen des Guhrauer Kreises wiederum die Summe von 2850 Thlrn. unverzinslich geliehen. Von allen diesen Summen hat er nur an die Erben des einen Gläubigers, Rittergutsbesitzer Dietsch, nach und nach 545 Thlr. zurückerstattet. Nachdem die Quelle der Einnahmen bei den Gutsbesitzern erschöpft war, borgte er sich am 27. August 1865 unter Stellung von Bürgen vom Vorschußverein in Guhrau 500 Thlr. und verleitete schließlich Anfang 1866 seinen Barbier Drechsler, sich von demselben Vorschußvereine 100 Thlr. zu verschaffen, um selbe ihm zu leihen. Daß die Lebensweise des Scholtz seinem Diensteinkommen nicht entsprochen, davon geben seine an den Antiquar F. in Breslau gerichteten Briefe Zeugniß. Dieser schien überhaupt verschiedene Geschäfte für ihn besorgt zu haben, denn er unterhandelte für Scholtz mit dessen ältern Gläubigern, verschaffte ihm neue Darlehne und besorgte ihm Einkäufe aller Arten. Scholtz stand auch mit anrüchigen Wechselreitern im Verkehr, die er durch die Drohung, ihr strafwidriges Treiben den Behörden anzuzeigen, sich stets willfährig zu machen bemüht war. Ueber die verschiedensten Thatsachen des leichtsinnigen Treibens des Scholtz gewähren die bei F. in Beschlag genommenen 224 Briefe, Wechsel und acceptirte Wechsel-Blanquets von Scholtz die beste Auskunft. Einige der Briefe enthalten u. A. Aufträge, den Verkauf und Verpfändung von mehreren Tausend Thalern Werthpapieren betreffend, deren Erwerb seitens des Scholtz doch wohl ein fraglicher sein dürfte. Auch im Audienztermine war Scholtz so vollständig geständig, daß die Mitwirkung der Geschworenen nicht erforderlich wurde. Die königl. Staatsanwaltschaft beantragte nach §§ 324 und 325 eine 4jährige Zuchthausstrafe, welchem Antrage der Gerichtshof auch beistimmte. Der Verurtheilte zeigte sich bei Verkündigung des Urtels ruhig und gefaßt; man spricht von einem Begnadigungsgesuche, welches von zehn der Herren Geschworenen befürwortet sein soll, dies scheint jedoch nicht wahrscheinlich zu sein, weil eine Mitwirkung der Geschworenen in dem Processe gar nicht stattgefunden hat.

Briefkasten der Redaction.

Dem Einsender des Artikels S. Zülz, 16. Juli: Es fehlt uns für so ausführliche Theaterkritiken an Raum.

Telegraphische Depeschen.

Lübeck, 16. Juli. In der gestrigen geheimen Verhandlung genehmigte die Bürgerschaft die Ratification des am 27. Juni zwischen Lübeck und Preußen abgeschlossenen Vertrages nebst dem Schlußprotocoll über Lübecks militärische Obliegenheiten für das Bundeskriegswesen. Ein Antrag bezüglich Aufhebung der Bürgergarde wurde abgelehnt. (Wolff's T. B.)

Paris, 16. Juli. In der Legislative wurde das Kriegsbudget debattirt. Garnier-Pagès verlangt offene Erklärungen über die auswärtige Politik. Die Völker wollen nicht den Krieg; ein freies Deutschland sei niemals eine Gefahr für Frankreich. Favre: Die Luxemburger Frage wurde mit sträflicher Leichtfertigkeit aufgeworfen. Wenn die Regierung einen diplomatischen Sieg errungen, so war sie doch nahe an militärischer Tollheit. Die Völker wünschen nur den Frieden, werden ihn aber nur bewahren, wenn sie die Angelegenheiten selbst leiten, sonst ist Frankreich von Neuem mit einem europäischen Mexico bedroht. Rouher: Die Ansichten der Vorredner über den Frieden der Nationen stimmen mit den Regierungsansichten überein. Die glorreichen Kriege Frankreichs sind nicht über Mexico zu vergessen. Von der Auswechselung Dano's gegen Almonte weiß die Regierung nichts. Mit Tegetthoff ist kein französischer General nach Mexico gesandt. Bezüglich der Luxemburger Frage sagt er: Die Gefahr sei nicht von Frankreich gekommen. Der König von Preußen, nicht aber Napoleon, erhielt ein den Frieden anempfehlendes Schreiben der Königin Victoria. Wir haben die Räumung Luxemburgs erreicht. Durch unsere Klugheit und Festigkeit triumphirten wir vor den vereinigten Mächten in London. Weit entfernt, durch die Luxemburger Frage zwischen Frankreich und Preußen Aufregung und Uneinigkeit hervorzubringen, wird sie vielmehr ein Element für die Einigkeit und Eintracht sein. Die große Frage der Einigung Deutschlands betrachtet Frankreich ohne Bedauern für die Vergangenheit, ohne Befürchtungen für die Zukunft. (Beifall.) Wir werden an die Prüfung der entstehenden Frage herantreten mit dem Gefühle für Recht, Gerechtigkeit und für unsere Interessen, und werden nicht vergessen, daß ein allgemeines, die Völker einigendes Gefühl im Interesse für den Frieden liegt, welches überall vorherrschen muß. Die Politik wie die diplomatischen Bestrebungen der Regierung werden wesentlich geleitet von dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Friedens. Die Regierung würde nur dann diese Interessen opfern, wenn das Gefühl für die Ehre und die Rücksicht auf die Wünsche für die Sicherheit der Grenzen es zur gebieterischen Pflicht machen. (Wolff's T. B.)

Paris, 16. Juli. Der „Moniteur“ dementirt das Schreiben des Kaisers an den Kaiser von Oesterreich. Der „Constitutionnel“ meldet: Der Kaiser reist am 15. August nach Chalons und Biarritz. Die später eintreffenden Fürsten finden den Hof nicht mehr hier. (Wolff's T. B.)

Paris, 16. Juli. Der Proceß Berezowski ist beendet. Die Geschwornen erklärten den Angeklagten für schuldig, unter Annahme mildernder Umstände; Berezowski wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt. (Wolff's T. B.)

Paris, 16. Juli. Der „Armeemoniteur“ veröffentlicht ein auf Vorschlag des Kriegsministers erlassenes Decret, wodurch 25 im Jahre 1865 eingegangene Batterien wieder errichtet werden. (Wolff's T. B.)

Florenz, 16. Juli. Die Deputirtenkammer genehmigte bei Namensaufruf mit 192 gegen 93 Stimmen die Politik des Ministeriums in der Religionsfrage. (Wolff's T. B.)

London, 16. Juli. Das Unterhaus vom Dinstag sprach sich nach mehrstündiger Debatte gegen die principielle Abschaffung der Todesstrafe mit 79 gegen 56 Stimmen aus. (Wolff's T. B.)

London, 16. Juli. Im Oberhause beantragt Lord Stratford für den Freitag eine Condolenzadresse wegen Maximilian.

Unterhaus. Die Regierung dementirt die Kriegspläne gegen Abyssinien. (Wolff's T. B.)

London, 16. Juli. Die Reformbill passirte die dritte Lesung. Der Gesandte Italiens für Belgien erhält den hiesigen Gesandtschaftsposten. (Wolff's T. B.)

Newyork, 6. Juli. Das Repräsentantenhaus verwarf eine Maximilian's Fall begrüßende Resolution. 500 Fremdenlegionaire Mexico's erreichten Mobile. Viele Mexicaner flüchteten nach Texas. Sämmtliche Soldaten des Kaisers verlieren das Bürgerrecht, die ausländischen Soldaten werden verbannt. Die Generale werden des Hochverraths angeklagt, die niedrigeren Offiziere auf 2 bis 6 Jahre eingekerkert. (Wolff's T. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 16. Juli, Nachm. 2 Uhr. [Schluß-Course.] Bergisch-Märkische 144. Breslau-Freiburger 134. Neisse-Brieger 95½. Kosel-Oderberg 61¾. Galizier 86. Köln-Minden 141¾. Lombarden 101¼. Mainz-Ludwigshafen 126½. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 92½. Oberschl. Litt. A. 191. Oesterr. Staatsbahn 125¼. Oppeln-Tarnowitz 73½. Rheinische 117¼. Warschau-Wien 59½. Darmstädter Credit 82. Minerva 32⅛. Oesterr. Credit-Actien 74⅝. Schles. Bank-Verein 114¼. 5proc. Preußische Anleihe 103¾. 4½proc. Preuß. Anleihe 98⅛. 3½proc. Staatsschuldscheine 84⅞. Oesterr. National-Anl. 56. Silber-Anleihe 62. 1860er Loose 71⅞. 1864er Loose 42. Italien. Anleihe 50¼. Amerikan. Anleihe 77⅞. Russ. 1866er Anleihe 93¼. Russ. Banknoten 84. Oesterr. Banknoten 80½. Hamburg 2 Mon. 150⅝. London 3 Mon. 6, 23¼. Wien 2 Mon. 79¾. Warschau 8 Tage 83⅝. Paris 2 Mon. 80 11/12. Russ.-Poln. Schatz-Obligationen 64¼. Polnische Pfandbriefe 59¼. Baierische Prämien-Anleihe 99¼. 4½proc. Oberschl. Prior. F. 94¾. Schles. Rentenbriefe 92. Posener Creditscheine 88¼. Polnische Liquidations-Pfandbriefe 48¾. — Matt.

Wien, 16. Juli. [Schluß-Course.] 5proc. Metalliques 59, 10. National-Anl. 70, —. 1860er Loose 90, 40. 1864er Loose 78, 40. Credit-Actien 189, 10. Nordbahn 171, 75. Galizier 219, 50. Böhm. Westbahn 148, —. Staats-Eisenbahn-Actien-Cert. 235, 10. Lomb. Eisenbahn 191, 25. London 126, 70. Paris 50, 40. Hamburg 93, 50. Kassenscheine 186, 50. Napoleonsd'or 10, 12.

London, 15. Juli. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremder Weizen gutes Consumgeschäft zu höchsten Preisen. Mahlgerste ein Sixpence theurer. Russischer Hafer große Zufuhren, ein Sixpence billiger. — Regenwetter.

London, 15. Juli. Consols 97⅞. Amerikaner 73.

Paris, 15. Juli, Nachm. 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 68, 77. 5proc. Rente 50, —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 465, —. Credit-Mobilier-Actien 361, 25. Lomb. Eisenbahn-Actien 381, 25. Oesterr. Anleihe von 1865 332, 50. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe von 1882 82¾. Consols 94⅞. Anfangscours 68, 70. — Träge.

Newyork, 15. Juli, Abends. Wechsel auf London 110¼. Gold-Agio 39¾. Bonds 111⅞. Illinois 124. Erie 72¼. Baumwolle 26. Petroleum 25½.

Berlin, 16. Juli. Roggen: höher. Juli-August 57, Aug.-Sept. —, Sept.-October 54¼, Oct.-Nov. 52¼. — Rüböl: still. Juli-August 11¾, Sept.-Octbr. 11¾. — Spiritus: fest. Juli-August 20¼, August-Sept. 20¼, Sept.-Oct. 19¾, Oct.-Nov. 17¾. (M. Kurnik's T. B.)

Stettin, 16. Juli. [Telegr. Dep. des Bresl. Handelsbl.] Weizen steigend, pro Juli 96. Juli-Aug. 94¾. Sept.-Oct. 80. — Roggen steigend, pro Juli 65½. Juli-Aug. 59¼. Septbr.-Oct. 55¼. — Rüböl fester, pro Juli 11 1/12. Sept.-Oct. 11½. — Spiritus höher, pro Juli 20. Juli-Aug. 20. Sept.-Oct. 19¼.

Inserate.

Wahlverein zu Breslau.
(Deutsche Fortschrittspartei.)
Donnerstag, 18. Juli, Abends 8 Uhr,
im Saale des Hôtel de Silésie (Bischofsstraße),
Mitglieder-Versammlung.
(Erledigung der am Montag gestellten Anträge. Bildung des Wahl-Comite's. — Vorschläge von Candidaten und Abstimmung über dieselben.)
[433] **Der Vorstand.**

Allen denen, die mir von Nah und Fern so vielfache Beweise ihres freundlichen Wohlwollens am Tage meines fünfundzwanzigjährigen Amtsjubiläums als Stadtverordneten-Vorsitzender gegeben, sage ich meinen besten Dank. [445]
Schweidnitz, den 14. Juli 1867. **Sommerbrodt.**

Betreffs des Advocaten Tzschirner in Bautzen.

Die Redaction der „Breslauer Morgen-Zeitung" schreibt:

„Nachdem bei der Redaction seitens vieler Zeitungen und Personen, welche sich der Mühe der Sammlungen für den unglücklichen Advocaten **Tzschirner** in Bautzen unterzogen hatten, angefragt worden war, was mit den eingegangenen Beiträgen zu geschehen habe, und nachdem wir vergebens auf eine Initiative der zur Organisation eines Unterstützungs-Comites vorzugsweise berufenen sächsischen Demokraten gewartet hatten, reiste ein Mitglied unserer Redaction, Herr **A. Semrau**, am Sonnabend selbst nach Bautzen, um eine Concentration der Sammlungen und eine dem Befund der Verhältnisse entsprechende Verwendung derselben anzubahnen.

Es liegt in dem Wunsche des auf der rechten Seite ganz gelähmten **Tzschirner**, ihn in irgend eine Pension einzukaufen — ein Wunsch, der auch von den nächsten Freunden desselben getheilt wird. Wir ersuchen nun alle diejenigen Zeitungen und Privatpersonen, welche Beiträge zur Unterstützung **Tzschirners** in den Händen haben, sie an den Advocaten Herrn **Carl Stephan** in Bautzen zu senden. Derselbe will die Güte haben, sie in Empfang zu nehmen und unter dem Einverständniß und der Einwilligung der geehrten Sammler nach der angegebenen Richtung hin zu verwenden. So weit sich bis jetzt übersehen läßt, werden die Sammlungen aber leider noch nicht ausreichen. Um die vorhandenen Mittel nicht zu schmälern, hat auch die Translocation **Tzschirners** aus dem Correctionshause in eine Privatwohnung noch nicht erfolgen können. Die Lage desselben ist demnach immer noch keine bessere.

Indem wir diejenigen Zeitungen, welche unseren Aufruf abdruckten, auch um Aufnahme vorstehender Zeilen ersuchen, wird unsere Expedition auch ferner bereit sein, Beiträge für den armen Tzschirner in Empfang zu nehmen."

Auch die Expedition der „Breslauer Zeitung" wird Beiträge entgegennehmen und darüber quittiren. [432]

Nationaldank für Veteranen.

Am 13. Juli fand die Versammlung sämmtlicher Ehrenmitglieder des hiesigen Stadtbezirks-Commissariats des Nationaldanks für Veteranen im Sitzungssaale des Rathhauses statt. Der Vorsitzende Herr Elsner v. Gronow eröffnete die Sitzung und theilte mit, daß aus der Zahl der Ehrenmitglieder ausgeschieden sind durch Tod: Major Meckel v. Hemsbach, Stadtrath Pulvermacher, Commercienrath Heymann, Kaufmann Reimelt, durch Abgang: Präsident Elwanger und Steuer-Einnehmer Linke. Die Verstorbenen wurden dadurch geehrt, daß sich die Versammlung von ihren Plätzen erhob.

Der Tagesordnung gemäß trug der Herr Vorsitzende den Jahresbericht pro 1866 vor, aus welchem hervorging, daß trotz der vorjährigen Kriegsereignisse und Choleraepidemie zahlreiche Spenden dem Commissariat zugeflossen und somit 109 alte Veteranen unterstützt worden sind. Unterstützungen sind verzahlt worden:

a) fortlaufende	504 Thlr.	— Sgr.,	
b) außerordentliche	107 „	—	„
c) aus Legaten	116 „	15	„
d) aus überwiesenen Beträgen	171 „	15	„
zusammen	899 Thlr.	— Sgr.	

Die Rechnung, welche zur Kenntniß der Versammlung gelangte, schließt mit einem Bestande von 2319 Thlr. 7 Sgr. 3 Pf. Aus einer Beilage zum Etat pro 1867 war ersichtlich, daß in Breslau gegenwärtig noch 94 Veteranen aus den Jahren 1813/15 leben, wovon 56 Mann à 1 Thlr. Gnadengehalt monatlich beziehen und somit auf anderweite Unterstützungen angewiesen sind. Der Herr Vorsitzende richtete daher an die Herren Ehrenmitglieder und an alle Diejenigen, denen das Wirken des Nationaldanks am Herzen liegt, die Bitte, mit ihm dahin zu streben, neue Freunde für die Stiftung zu gewinnen und neue Einnahmequellen zu schaffen. Ein Jeder möge nach Kräften beitragen und namentlich dessen eingedenk sein, daß Der, welcher bald giebt, doppelt giebt.

Zur Vermehrung der Vereinsmittel soll vorerst ein Aufruf zur Wohlthätigkeit durch die Zeitungen erfolgen, sowie ein Fest veranstaltet werden.

Zu Mitgliedern in den Vorstand der Invaliden-Versorgungs-Anstalt wurden die Herren Rittergutsbesitzer v. Nowag und Kaufmann Kosa und zu Verwaltungsmitgliedern des Stadtbezirks-Commissariats die Herren v. Nowag und Stadtrath Weisbach gewählt.

Die vacant gewordenen Special-Commissariate übernahmen die Herren v. Nowag, Stadtrath Jüttner, Stadtgerichts-Secretär Pücher und Kaufmann Eger.

Nachdem die Versammlung dem Herrn Vorsitzenden für die mühevolle und uneigennützige Leitung der Vereinsangelegenheiten ihren Dank dargebracht, wurde die Sitzung geschlossen. [429]

Die Verlobung unserer Tochter **Elise** mit dem Herrn **Daniel Enoch** aus Hamburg, beehren wir uns Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst anzuzeigen. [845]
Breslau, den 16. Juli 1867.
J. Guttentag und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Elise Guttentag.
Daniel Enoch.
Breslau. Hamburg.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter **Clara** mit dem Kaufmann Herrn **H. Südfeld** in Prag zeigen wir Freunden und Bekannten hiermit an.
Krotoschin, den 15. Juli 1867.
B. Behrend und Frau.

Clara Behrend. **Herrmann Südfeld.**
Krotoschin. Prag.
Verlobte. [824]

Meine Verlobung mit dem Fräulein **Friedrike Oschinsky** aus Sohrau OS. beehre ich mich hierdurch allen Verwandten und Bekannten ergebenst anzuzeigen.
Pschow, im Juli 1867. [3045]
Samuel Schlesinger.

Als Vermählte empfehlen sich:
Robert Schwarzer. [848]
Elisabeth Schwarzer, geb. Bürkner.

(Statt besonderer Meldung.)
Heute Früh 3 Uhr wurde meine geliebte Frau **Ernestine**, geb. **Karger**, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.
Glatz, den 16. Juli 1867. [3065]
Carl Igler.

(Verspätet.)
Am 11. Juli verschied plötzlich am Gehirnschlag unser Bereiter **Aug. Wurft.** Wir verlieren an ihm einen guten und umsichtsvollen Menschen, welcher 9 Jahr bei uns sich treu und ehrlich geführt hat. Friede seiner Asche! [822]
Breslau, den 16. Juli 1867.
Moritz Beer und Co.

(Statt besonderer Meldung.)
Heute Morgen entschlief zu Warmbrunn am Herzschlage unser guter Vater, der herzogliche Kammer-Kassen-Rendant **Ernst Ferdinand Klose**, im Alter von 67 Jahren 7 Monaten. Tiefbetrübt zeigen dies Verwandten und Freunden an: [851] **Die Hinterbliebenen.**
Spahlitz bei Oels, den 16. Juli 1867.

Todes-Anzeige. [830]
Nach langen schweren Leiden verschied sanft Mittags 1 Uhr unser unvergeßlicher Gatte, Sohn, Vater, Bruder und Schwager, der Kaufmann **Simon Sander** im 41. Lebensjahre. Dieses zeigen wir tiefbetrübt um stille Theilnahme bittend an.
Oppeln, den 15. Juli 1867.
Die Hinterbliebenen.

Saison-Theater im Wintergarten.
Mittwoch, den 17. Juli. **„Der Postillon von Müncheberg."** Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten (6 Bildern) von E. Jakobson und R. Linderer. Musik von A. Conradi.
Anfang des Concerts 4 Uhr.
Anfang der Vorstellung 6½ Uhr. Nach der Vorstellung Fortsetzung des Concerts.

Meine privatärztlichen und amtlichen **Sprechstunden** sind jetzt Morg. 8—9 und Nachm. 3—4 Uhr. [834]
Dr. **Friedberg,**
Königl. Kreis-Physicus, Junkernstr. 3.

Nach dem 20. Juli d. J. bin ich einige Zeit in Schweidnitz nicht anzutreffen. [3063]
Kluge, Zahnarzt.

Salon Agoston.
Auf vielseitiges Verlangen und allgemeine Aufforderung finden nur [431]
noch 5 Vorstellungen
statt und zwar
heute Mittwoch und folgende Tage
im Gebiete der Magie, Physik und Illusion in Verbindung mit den großartigen **Geister- und Gespenster-Erscheinungen.**
Anfang **8 Uhr**, Kassen-Oeffnung **7 Uhr.**
Billets sind den ganzen Tag über an der Kasse, sowie bei Herrn **A. Ehrlich**, Nikolaistraße Nr. 13, und bei Hrn. **L. A. Schlesinger**, Blücherplatz Nr. 10 und 11, zu haben.
NB. Ich bin contractlich verpflichtet, in Dresden am 28. Juli mit meinen Vorstellungen zu beginnen, daher unbedingt am Sonntag den 21. Juli die letzte Vorstellung ist.

Zoologischer Garten.
Heute Mittwoch: [41]
Großes Concert
von der Kapelle des **3. Garde-Grenadier-Regiments** Königin Elisabet unter Leitung des Kapellmeisters Herrn **Loewenthal.**
Eintrittspreis 2½ Sgr. für Erwachsene und 1 Sgr. für Kinder unter 10 Jahren.
Eintrittspreis für das Concert die Person (ohne Ausnahme) 1 Sgr., Kinder frei.

Humanität.
Täglich Concert.
Entree 1 Sgr. [406] **A. Kuschel.**

Zeltgarten.
Heute: [36]
Großes Militär-Concert,
ausgeführt von der Kapelle des kgl. 4. Niederschles. Infant.-Regts. Nr. 51 unter Leitung des Kapellmeisters Herrn **R. Börner.**
Anfang 7 Uhr.

J. Wiesner's Brauerei,
Nikolaistraße Nr. 27, im goldenen Helm.
Heute [247]
Großes Garten-Concert,
ausgeführt von der Helmkapelle unter Leitung des Kapellmeisters Herrn **F. Langer.**
Anfang 6½ Uhr. Entree à Person 1 Sgr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Concerte im Saale statt.

Eichen-Park in Pöpelwitz.
Heute Mittwoch: [832]
Großes Militär-Concert,
von der Kapelle des 1. Schlesischen Grenadier-Regiments Nr. 10 unter Leitung des Kapellmeisters Herrn **Herzog.**
Anfang des Concerts 4 Uhr.
Entree a Person 1 Sgr.

Villa Zedlitz a. d. Oder.
Jeden Mittwoch [836]
gemengte Speise,
wozu ergebenst einladet: **Wilhelm Jacob.**

Eine goldene Damen-Uhr,
schwarz emaillirt, wurde Montags verloren. Abzugeben gegen angemessene Belohnung bei Herrn **Julius Spalding**, Alte-Sandstr. 12.

Eichen-Park in Pöpelwitz.
Heute Mittwoch gemengte Speise.
[833] **C. Schlitt.**

Erinnerung an das Jahr 1866.
Aus der Ferne.
1. [823]
An Dr....

Liebe! ja, Du weißt sie zu entzünden;
O, es fliegen Dir die Herzen zu!
Es ist gleich gescheh'n um uns're Ruh',
Wenn auf unserem Pfade wir Dich finden.
Ewig bleib' drum Frauen ferne Du! —

Heiraths-Gesuch.
Ein noch junger Wittwer von angenehmem Aeußeren, dem höheren Beamtenstande angehörend, mit einem jährlichen Einkommen von 1600 bis 1800 Thlr., sucht auf diesem Wege eine für ihn passende Lebensgefährtin, da ihm seine Amts-Geschäfte nicht die nöthige Zeit übrig lassen, um Damen-Bekanntschaften aufsuchen zu können. — Gewünscht wird eine gebildete junge Dame oder kinderlose Wittwe, aus anständiger Familie, von angenehmem Aeußern, nicht über 28 Jahr alt, womöglich evangelisch, von gutem Herzen und häuslichem Sinn. Vermögen ist, wenn auch erwünscht, doch nicht Hauptbedingung. — Junge Damen oder Wittwen, welche die im Vorstehenden genannten Eigenschaften besitzen und auf dieses redlich gemeinte Gesuch reflectiren wollen, werden gebeten, vertrauungsvoll ihre Briefe, worin auch eine möglichst genaue Angabe ihrer Familien-Verhältnisse ꝛc. gewünscht wird, unter der Chiffre H. F. Z. Nr. 36 poste restante **Gleiwitz in Oberschlesien** bis zum 28. Juli d. J. unter Beifügung ihrer Photographien zu adressiren. — Die strengste Verschwiegenheit hierüber wird auf Ehrenwort hiermit zugesichert. Ebenso werden die Photographien auf etwaiges Verlangen nach deren Ansicht sofort zurückgeschickt. [333]

Extrazug
nach Dresden u. Umgegend.
Auf mehrfachen Wunsch ist der Abgang auf Montag den 29. d. M. verlegt und sind Billets III. Classe à 5 Thlr., II. Classe à 7 Thlr. nur im **Stangen'schen Annoncen-Bureau**, Carlsstraße Nr. 28 zu haben. [428]

Bei **G. C. Orthaus in Leipzig** sind erschienen und von demselben direct gegen Einsendung des Betrags, sowie von jeder Buchhandlung zu beziehen: [6029]
Dr. J. L. **Curtis**, prakt. Arzt in London, berühmte medicinische Schriften.

Der ärztliche Führer zur Ehe.
Belehrungen über moralische Zwecke und r laubte Freuden derselben, sowie über Vermeidung und Beseitigung ihrer phys. Schwierigkeiten. 8. br. 10 Sgr.

Die Mannheit.
Die Ursachen ihrer vorzeitigen Abnahme und Belehrungen über ihre vollständige Wiederherstellung.
6. verm. Auflage. 8. br. 20 Sgr.

Zwei Schriften über Jastrzemb.
Bei **Joh. Urban Kern** in Breslau, Reuschestr. 68, sind soeben erschienen: [437]
Das jod- u. bromhaltige Soolbad Königsdorff-Jastrzemb in Schlesien. Kurze Notizen über Reise, Aufenthalt und einzelne Krankheitsfälle. Von H. Knoblauch. 8. geh. 10 Sgr.
Die jod- und bromhaltige Kochsalzwasser-Quelle in Königsdorff-Jastrzemb und ihre Wirkungen. Nach eigenen Erfahrungen mitgetheilt von Dr. H. Faupel, Badearzt. gr. 8. geh. 1866. 16 Sgr.
Alle, welche das genannte Bad zu besuchen gedenken, finden hier genaue Belehrung sowohl über die Einrichtungen des Bades, als über die bis jetzt erprobten Wirkungen desselben.

Warschau-Wiener Eisenbahn-Gesellschaft.



Dem laut gewordenen Wunsche der Herren Actionäre gemäß wird der vom 15. bis 31. Juli d. J. festgesetzte Termin zur Zahlung der Dividende für die Warschau-Wiener Actien pro Betriebsjahr 1866, sowie zum Umtausch der Talons und Dividendenscheine sämmtlicher Warschau-Wiener Actien gegen neue Talons mit Abschlags-Dividende und Dividendenscheinen hiermit bis zum 31. August d. J. verlängert und kann während dieser Frist sowohl die Dividendenzahlung als der Umtausch der Talons bei den früher genannten Zahlstellen:
bei der **Hauptkasse der Gesellschaft** in **Warschau,**
bei den Herren **Sterky u. Sohn** in **St. Petersburg,**
beim **Schlesischen Bank-Verein** in **Breslau,**
bei den Herren **Feig et Pinkus** in **Berlin,**
bei den Herren **Lippmann Rosenthal u. Co.** in **Amsterdam,**
bei den Herren **Brugmann Söhne** in **Brüssel,**
bei den Herren **J. J. Weiller u. Söhne** in **Frankfurt a. M.,**
bei Herrn **Anton Hölzel** in **Krakau**
erfolgen. Warschau, den 14. Juli 1867. [438]
Der Verwaltungsrath.

Gasbeleuchtungs-Actien-Gesellschaft zu Breslau.
Bilance pro 1866.
Activa.

Anlage-Conto nach erfolgter Abschreibung	Thlr.	600,952.	16.	9
Effecten-Conto nach dem Course vom 31. Dezember 1865	„	14,420.	17.	6
Caution beim Magistrat	„	6,356.	7.	6
Kasse-Conto	„	33,643.	10.	3
Conto pro diverse Debitores nach erfolgter Abschreibung der inexigiblen und zweifelhaften Forderungen	„	84,228.	14.	4
Conto für aufgestellte Gasmesser	„	30,372.	27.	1
Magazin-Conto nach erfolgter Abschreibung	„	30,182.	5.	9
Depositen-Conto	„	6,050.	9.	2
Versicherungs-Conto	„	1,130.	27.	—
	Thlr.	807,337.	15.	4

Passiva.

Actier-Capital-Conto	Thlr.	650,000.	—.	—
Reservefond-Conto	„	15,000.	—.	—
Conto pro diverse Creditores	„	72,212.	24.	6
Dividende-Conto	„	69,333.	10.	—
Gewinn- und Verlust-Conto	„	791.	10.	10
	Thlr.	807,337.	15.	4

Breslau, den 2. April 1867. [425]
Directorium der Gasbeleuchtungs-Actien-Gesellschaft.

Seiffert in Rosenthal.
Heute Mittwoch:
Großes orientalisches Gartenfest,
bei brillanter Illumination der sämmtlichen Anlagen, die, im schönsten Blumenflor, in Folge eines künstlichen Reflexes durch 15,000 Flammen erleuchtet erscheinen;
Harmonie-Concert,
Restauration à la carte, gemengte Speise von 6 Uhr ab. Lagerbier vom Eis.
Anfang des Concerts 4 Uhr. Entree à Person 3 Sgr.
Bei ungünstigem Wetter findet das Concert im neuerbauten Winter-Saale statt.
Es wird höflichst ersucht, keine Hunde mitzubringen.
Omnibusfahrt von 2 Uhr ab. [821]

Carl Stangen's zweite Reise nach Paris
wurde gestern mit einer äußerst gewählten Gesellschaft und in der heitersten Stimmung angetreten. [426]
Nächste Reise: Abfahrt Berlin, 9. August, zu den Napoleons-Festen.
Alles Nähere über diese Reise auf frankirte Anfragen: **Stangen, Berlin, Taubenstraße Nr. 43**, sowie seinerzeitige Annoncen und die Programme.

Die Wagen-Fabrik von A. Feldtau in Freiburg in Schl.
empfiehlt eine Auswahl gut gebauter Wagen, Coupés, Aufsatz-Chaisen, halbgedeckte und offene Wagen, auch einige gebrauchte zu äußerst billigen Preisen. [3064]

Bekanntmachung [1734]
der Konkurs-Eröffnung und des offenen Arrestes im abgekürzten Verfahren.
Königl. Kreis-Gericht zu Breslau.
Abtheilung I.

Den 16. Juli 1867, Nachmittags 12½ Uhr.

Ueber den Nachlaß der am 17. August 1866 zu Neudorf-Commende verstorbenen, verehelichten Major a. D. v. **Boenigk, Alwine**, geb. **Fritsch**, ist der gemeine Konkurs im abgekürzten Verfahren heute eröffnet worden.

I. Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der königliche Rechts-Anwalt Justizrath Fischer hierselbst bestellt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, in dem
auf Dinstag den 30. Juli 1867, Vormittags 11½ Uhr, vor dem Kommissarius Kreis-Gerichts-Rath Loos in unserm Parteien-Zimmer Nr. 2 des Kreis-Gerichts-Gebäudes
anberaumten Termine die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

II. Alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkurs-Gläubiger machen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte
bis zum 27. August 1867 einschließlich
bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden, und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen
auf Dinstag den 17. September 1867, Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius Kreis-Gerichts-Rath Loos in unserm Parteien-Zimmer Nr. 2 unseres Gerichts-Gebäudes
zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen zur Proceßführung bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte Justizrath Poser und Justizrath Krug zu Sachwaltern vorgeschlagen.

III. Allen, welche von der Gemeinschuldnerin etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihr etwas verschulden, wird aufgegeben, Niemandem davon etwas zu verabfolgen oder zu geben, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände
bis zum 2. September 1867 einschließlich
dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, zur Konkursmasse abzuliefern.

Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger der Gemeinschuldnerin haben von den in ihrem Besitze befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

[1722] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 209 die Firma **Richard Opitz** zu Schweidnitz und als deren Inhaber der Kaufmann **Richard Opitz** in Schweidnitz am 11. Juli 1867 eingetragen worden.
Schweidnitz, den 11. Juli 1867.
Königliches Kreis-Gericht. Abtheilung I.

[1723] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 210 die Firma **S. Gallewski** zu Schweidnitz und als deren Inhaber der Kaufmann **Simon Gallewski** in Schweidnitz am 11. Juli 1867 eingetragen worden.
Schweidnitz, den 11. Juli 1867.
Königliches Kreis-Gericht. Abtheilung I.

[1725] **Bekanntmachung.**
In unser Gesellschafts-Register ist bei der Nr. 159 eingetragenen offenen Handelsgesellschaft **J. Wiener & Süskind** hier vermerkt worden, daß der Gesellschafter **Jacob Süskind** durch den Tod ausgeschieden, ohne daß die Gesellschaft dadurch aufgelöst worden ist.
Breslau, den 9. Juli 1867.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1727] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist Nr. 2088 die Firma **Marcus Kanter** und als deren Inhaber der Kaufmann **Marcus Kanter** hier heute eingetragen worden.
Breslau, den 10. Juli 1867.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1728] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist Nr. 2089 die Firma **Robert Langer** und als deren Inhaber der Kaufmann **Robert Langer** hier heute eingetragen worden.
Breslau, den 10. Juli 1867.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1729] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist Nr. 2090 die Firma **Paul Kuphal** und als deren Inhaber der Kaufmann **Paul Kuphal** hier heute eingetragen worden.
Breslau, den 10. Juli 1867.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1730] **Bekanntmachung.**
In unser Firmen-Register ist bei Nr. 196 das Erlöschen der Firma **A. Stern jun.** hier heute eingetragen worden.
Breslau, den 9. Juli 1867.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1731] **Bekanntmachung.**
In unser Procuren-Register ist Nr. 389 **August Mache** hier als Procurist des Kaufmanns **Friedrich Gottlieb August Mache** hier für dessen hier bestehende, in unserem Firmen-Register Nr. 231 eingetragene Firma **A. Mache** heute eingetragen worden.
Breslau, den 9. Juli 1867.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1732] **Bekanntmachung.**
In unser Procuren-Register ist Nr. 387 **Ludwig Weigert** hier als Procurist des Kaufmanns **Otto Heinrich Weigert** hier für dessen hier bestehende, in unserem Firmen-Register Nr. 1456 eingetragene Firma **Otto H. Weigert** heute eingetragen worden.
Breslau, den 9. Juli 1867.
Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1726] **Bekanntmachung.**
In unser Gesellschafts-Register ist heute bei Nr. 57 die durch den Austritt des Kaufmanns **Isaak Salomon Lewy** aus der offenen Handels-Gesellschaft **J. S. Lewy & Söhne** hierselbst erfolgte Auflösung dieser Gesellschaft und in unser Firmen-Register Nr. 2087 die Firma **J. S. Lewy & Söhne** und als deren Inhaber der Kaufmann **Herrmann Lewy** hier eingetragen worden.
Breslau, den 9. Juli 1867.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1733] **Bekanntmachung.**
In unser Procuren-Register ist Nr. 388 **Emil Smuschewer** hier als Procurist des Kaufmanns **Louis Sachs** hier für dessen hier bestehende, in unserem Firmen-Register Nr. 1533 eingetragene Firma **Louis Sachs** heute eingetragen worden.
Breslau, den 9. Juli 1867.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Patent.

Das Rittergut Neu-Fietz nebst den dazu gehörigen Vorwerken Rymanowitz und Piptobak, belegen im Kreise Bereut, verzeichnet unter Nr. 1 Lit. E. des beim königl. Kreis-Gericht zu Pr.-Stargardt geführten Hypothekenbuchs, und zufolge der, bei dem unterzeichneten Gericht nebst den von den Erbinteressenten aufgestellten Bedingungen einzusehenden Taxe, incl. Wald und Inventar auf
73,649 Thlr. (drei und siebenzig Tausend sechs Hundert neun und vierzig Thaler) 22 Sgr. 4 Pf.
abgeschätzt, wobei zu bemerken, daß die Abschätzung nach den Principien der Westpreußischen Landschaft erfolgt ist, und daß der Werth des Holzbestandes an sich auf
13,498 Thlr. (dreizehn Tausend vier Hundert acht und neunzig Thaler) 16 Sgr.
abgeschätzt ist, soll am
25. Juli d. J. Nachm. 2 bis 5 Uhr an Ort und Stelle in Neu-Fietz
im Wege der freiwilligen Subhastation theilungshalber an den Meistbietenden verkauft werden.
Kaufliebhaber werden hierzu eingeladen.
Schöneck, den 1. Juni 1867. [1388]
Königl. Kreis-Gerichts-Commission.

Auctionen. [435]
Am 19. Juli d. J., Nachm. 3 Uhr soll Laurentiusstraße Nr. 8 ein Pferd und ein Ochse,
Am 23. Juli d. J., Vormittag 9 Uhr im Stadt-Gerichts-Gebäude außer diversem Mobiliar, eine Nähmaschine, eine Partie verschiedener Reisekoffer, Reise-, Geld-, Cigarren-, Brief- u. a. Taschen, Portemonnaies 2c.;
Nachm. 3 Uhr: Margarethengasse Nr. 6, Stuckateur- und Modelleurwerkzeuge und Utensilien und eine große Partie Modelle;
Am 24. Juli d. J., Nachmittag 3 Uhr, Adolphstraße Nr. 7, 2000 Stück Ziegeln;
Am 25. Juli d. J., Vormittag 9 Uhr, im Appellations-Ger.-Gebäude, Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Möbel und Hausgeräthe versteigert werden.
Fuhrmann, Auct.-Commissarius.

Auction eines Coupés.

Heute Mittwoch den 17. Juli, Vormittags 10½ Uhr, werde ich am Zwingerplatze **ein fast neues elegantes leichtes Coupé mit Patent-Axen** (von Neuß aus Berlin) meistbietend gegen baare Zahlung versteigern.
[397] **Guido Saul,** Auct.-Commissarius.

Auction.

Bei der am **Mittwoch den 17. Juli** stattfindenden Auction am Zwingerplatze kommt auch **eine Equipage mit einem Pferde und Geschirre sowie 2 Arbeitsgeschirre** mit vor. **Guido Saul,** Auct.-Commissar.

Große Oelgemälde-Auction.

Donnerstag den 18. Juli d. J., Vormittags von 9½ Uhr ab werde ich in meinem Auctions-Locale, Ring 30, 1 Treppe hoch: [286]

ca. 40 Stück feine große und kleine Salon-Oelgemälde

in den elegantesten Goldrahmen, bestehend in Landschaften, See- und Thierstücken und Genrebildern,
meistbietend versteigern.
Guido Saul, Auctions-Commissairus.

Bekanntmachung. [789]
Die Tischler- und Schlosserarbeiten zum Neubau des Trinitas-Hospitals sollen im Wege der Submission vergeben werden.
Zeichnungen, Kostenanschläge und Probestücke sind von **Mittwoch den 17. bis Sonnabend den 20. dieses Monats** im alten Hospitalgebäude ausgestellt. Versiegelte Offerten werden ebendaselbst bis Montag den 22. dieses Monats entgegengenommen, die Auswahl unter den Bietenden vorbehalten.
Das Vorsteher-Amt.

Die zu einem Gymnasium auszubildende Fürstenschule zu Pleß wird am 1. October d. J. mit den drei untersten Klassen (VI., V., IV.) eröffnet werden.
Eltern oder Vormünder, welche gesonnen sind, ihre Kinder oder Pflegebefohlenen dieser Anstalt anzuvertrauen, werden ersucht, dieselben bei dem Unterzeichneten anzumelden. Am 1. und 2. October d. J. findet die Prüfung der Angemeldeten durch den Director der Anstalt, Dr. Schönborn, statt. [2077]
Pleß, den 5. Juli 1867.
Der fürstliche General-Director **Weigelt.**

Französ. Abend-Cursus.

Grüne Baumbrücke Nr. 1, I.
[6857] **Carriere.**

Gute sichere Hypotheken

von 11,000 Thlr. und 14,000 Thlr. à 5 pCt. auf hiesige Grundstücke in guter Lage sind mit zeitgemäßem Verlust bald zu verkaufen. Auskunft ertheilt [810]
G. Alexander-Katz,
Kupferschmiedestraße 36.

Nur Nikolai-Straße Nr. 16
Naturell-Kerzen, à Pack 5 Sgr.,
Stearin- und Paraffinlichte von 6 Sgr. an.
Nur bei **D. Wurm,** Nikolaistraße Nr. 16.

Auf vielfachen Wunsch wird die Louis Stangen'sche II. Gesellschaftsreise nach Paris

bis zum 25. Juli d. J. wegen mittlerweile eintretender Gerichtsferien 2c. **aufgeschoben.**

Gleichzeitig die ergebene Anzeige, daß **Louis Stangen** mit dem Reise-Unternehmen von Berlin aus am 16. d. M. **in keiner Verbindung steht.** [3061]

J. G. Tauch. Louis Stangen.

Hiermit erlauben wir uns auf unser bestassortirtes Lager [440]
aller Sorten feinster Extraits, Pommaden und Toilette-Fett-Seifen
sowohl von **französischen und englischen** als auch von **eigenen Fabrikaten**
ergebenst aufmerksam zu machen.

Gebrüder Weitz,

Fabrik aller Arten Haus-Seifen, Lichte, Wagenfett, Toilette-Seifen u. Parfümerien.

Breslau,
Geschäfts-Local: Blücherplatz 6|7.

Posen,
Fabrik: Kleine-Gerberstraße Nr. 2.
Geschäfts-Local: Schloßstraße 4.

Verlag von J. Guttentag in Berlin.
Soeben erschienen neu: [436]

Bernhardt, Th., Geschichte Rom's von Valerian bis zu Diocletian's Tode. (253—313 n. Chr.) I. Abtheilung. Politische Geschichte des römischen Reiches von Valerian bis zu Diocletian's Regierungsantritt. (253—284 n. Chr.) Gr. 8. XIV. und 318 S. Geh. Preis 1⅘ Thlr.

Hinschius, P., Die evangelische Landeskirche in Preußen und die Einverleibung der neuen Provinzen. Gr. 8. 84 S. Geh. Preis 16 Sgr.

Lorentz, Fr., Neueste Geschichte von den Wiener Verträgen bis zum Frieden von Paris. (1815—1856.) Gr. 8. XVI. und 492 Seiten. Geh. Preis 2⅓ Thlr.

Seyffarth, L. W., Die Dorfschulen. Ein Beitrag zur Geschichte der Pädagogik. Gr. 8. 98 S. Preis 14 Sgr.

Tappert, W., Musik und musikalische Erziehung. Mit Notenbeispielen. Gr. 8. 72 S. Geh. Preis 16 Sgr.

Vorräthig in **A. Gosohorsky's Buchhdlg. (L. F. Maske)** in Breslau.

Bei Unterzeichnetem ist soeben erschienen und zu beziehen durch **A. Gosohorsky's Buchhandlung (L. F. Maske):** [434]

Lieferung 7 des

Handbuches zum Ministerialblatte für die gesammte innere Verwaltung in den preußischen Staaten

von **J. A. Koffler,** Amtmann.
7 Bogen. Gr. 8. Preis geheftet 9 Sgr.

Wenn diejenigen, welche im Besitze der ersten 25 Jahrgänge des Ministerialblattes sind, mit diesem Werke, das in zwei mäßigen Bänden erscheinen soll, ein übersichtliches Repertorium erhalten, so wird es seine Nützlichkeit hauptsächlich bei denen erweisen, welche die Ministerialblätter nicht oder nur theilweise besitzen. Denn, was sich nicht deutlich im Auszuge geben ließ, ist wörtlich, dann mit kleiner Schrift und compreß gesetzt, abgedruckt. Mehrseitigem Wunsche entsprechend, ist aus demselben apart erschienen:

Die Unterrichts-Angelegenheiten in den königlich preußischen Staaten.

8½ Bogen mit Register, geh. 12½ Sgr.

Enthält sämmtliche in den Jahren 1840 bis Ende 1865 in den Unterrichts-Angelegenheiten erlassene Ministerial-Verordnungen geordnet und mit Register.
Arnsberg, 6. Juli 1867. **A. L. Ritter.**

Vorzügliche Bücher zu auffallend billigen Preisen,
zu haben in der **Kuhlmey'schen** Buchhandlung in Liegnitz:

Endler und **Scholz,** Naturfr., 11 Bde. (1—11), 12 Thlr. **Pierer's** Conv.-Lexicon, 3. Ausg., 34 Bde., **sehr schönes Exp. in 34 sauberen Halbfranzbänden,** nur 10 Thlr.! **Becker's** Weltgesch., 12 Bde., geb., nur 3⅓ Thlr. **Rotteck's** große Weltgesch., 9 Bde., gut geb., 2⅓ Thlr. **Block's** Landw., 3 Bde., 5 Thlr. **(Sehr selten.)** **Buch der Welt** für 1863, geb., 1⅓ Thlr. **Landrecht,** 4 Bde. und Reg., geb., 1⅔ Thlr. **Fünf-Männer-Werk,** 11 Bde., sehr gut geb., 4 Thlr. **Pohl,** Polizeigesetze für Schlesien **(1865),** geb., ⅚ Thlr. **Spindler's** Werke, 41 Bde., schöne Halbfranzbde., anstatt 33 Thlr. für nur 5 Thlr. **Cooper's** Werke, 228 Bde., sauberer Halbfrzb., anstatt 41 Thlr. für nur 6⅚ Thlr. **Marryat's** Werke, 25 Bde., Halbfrzb. (25 Thlr.) 3½ Thlr. **Velde's Werke,** fein Papier, 12 Bde., Halbfrzb. (23 Thlr.) 2⅔ Thlr. **Schütze,** Orgelschule, M. Hdb., geb., ⅚ Thlr. [3059]

Paul Callam in Berlin, Niederwallstr. 15,

Agentur-, Commissions- und Incasso-Geschäft,

empfiehlt sich zur Uebernahme von Agenturen, Commissionen aller Art, Incasso etc. bei streng reeller Bedienung zu billigen Preisen. Meine ausgedehnten Bekanntschaften und genaue Platzkenntniss, sowie die günstige Lage meines Geschäftslocals im Mittelpunkte der Stadt bieten meinen geehrten Mandanten für günstige Resultate Garantie.

Inseraten-Annahme für alle Zeitungen aller Länder zu Originalpreisen und ohne Spesenberechnung. Bei grösseren Aufträgen Rabatt. Zeitungsverzeichnisse gratis.

Die Mineralbrunnen-Handlung

von

Karl Fr. Keitsch in Breslau,

Kupferschmiedestraße 27, Ecke der Stockgasse,
erhält ununterbrochen Zusendungen **direct von den Quellen** von
französischen, belgischen, rheinischen, baierischen,
böhmischen, galizischen und schlesischen
Mineralwässern, Pastillen, Bade-Ingredienzien, Quell-Salzen und medicinischen Seifen
und empfiehlt dieselben zum Wiederverkauf und en détail sowie auch alle künstlichen Mineralwässer aus der Fabrik der Herren Dr. Struve und Soltmann zur geneigten Abnahme. [427]

Hecht's Hôtel garni, Berlin, Unter den Linden Nr. 20,

in der Nähe der Kranzler'schen Conditorei.

Nachdem ich das seit mehreren Jahren in Breslau innegehabte Hôtel garni, Ohlauer-Stadtgraben Nr. 3, aufgegeben, habe ich in **Berlin, Unter den Linden Nr. 20,** ein mit dem höchsten, **den Anforderungen der Jetztzeit entsprechenden Comfort ausgestattetes Hôtel garni I. Klasse** eröffnet. Es wird in meinem neuen Etablissement meine Hauptaufgabe sein, das mir in Breslau durch 10 Jahre geschenkte Vertrauen auch fernerhin durch prompteste Bedienung und höchst solide Preise zu rechtfertigen.
Berlin, den 11. Juli 1867. Hochachtungsvoll
[430] **Hecht.**

Hugo Grossmann's Gelegenheitswaaren,

Nr. 4 Alte-Graupenstraße Nr. 4.

1 englische Drehmangel, 1 vollständige Specerei-Laden-Einrichtung, 1 durabler Eisschrank für Bierwirthe, 2 feuerfeste eiserne Geldspinde, Comptoirpulte, Decimalwaagen, eiserne Gewichte, 1 eiserner Muffelofen für Porzellanmaler billig zu festen Preisen abzugeben. [835]

Anzeige.
Am 19. d. M., Nachm. 1½ Uhr, sollen hier vor der Kaserne auf dem Schäferberge alte ausrangirte Kleidungsstücke und zwar:
214 Feldmützen,
119 Waffenröcke,
1018 Paar Tuchhosen,
275 Mäntel,
1003 Paar Tuchhandschuh,
342 Paar Ohrenklappen,
1744 Halsbinden,
810 wollene Säbeltroddel,
176 Hemden,
600 Paar Stiefeln,
öffentlich meistbietend verkauft werden.
Glatz, den 15. Juli 1867. [1724]
Commando des 1. Oberschles. Infanterie-Regiments Nr. 22.

Königl. Preuß. Staats-Lotterie-Loose

zur bevorstehenden 2. Klasse den 6. Aug. für neu eintretende Spieler

1/1	1/2	1/4	1/8	1/16	1/32	1/64
für 36⅔ Thlr.	18⅓ Thlr.	9⅙ Thlr.	4⅔ Thlr.	2⅓ Thlr.	1⅓ Thlr.	20 Sgr.

verkauft und versendet, **alles auf gedruckten Antheilscheinen,** gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages [255]
die **Staats-Effecten-Handlung** von
M. Meyer in Stettin.
NB. Die großen Treffer, welche wiederholentlich in mein Debit fielen, veröffentlichte zur 1. Klasse dieser Lotterie.

Verkauf einer Zeitung.

Eine seit länger als 70 Jahren bestehende, größere politische Zeitung, welche **täglich** in der bedeutendsten See- und Handelsstadt der der neupreußischen Gebietstheile erscheint und sich sehr werthvoller Beziehungen erfreut, beabsichtigen, wegen des kürzlich erfolgten Ablebens des letzten Besitzers, die Erben desselben zu verkaufen.
Eine vollständig eingerichtete Druckerei, sowie auch das Geschäftslocal, kann der Käufer event. mit übernehmen. Reflectirende wollen ihre Meldungen sub A. B. 552 an die Annoncen-Expedition der Herren **Haasenstein u. Vogler,** Berlin, einsenden. [337]

Vorzügliche Capital-Anlage.

Zur Ausbeutung eines industriellen **Unternehmens** in der verkehrsreichsten und schönsten Gegend **Schlesiens,** dessen hohe **Rentabilität bereits für die Dauer gesichert ist,** wird ein **Theilnehmer** mit **20,000 Thlr.** disponiblem Capital gesucht. Näheres unter Chiffre S. T. 84. poste restante franco **Liegnitz.** [335]

Ein Freigut

in einer in der Nähe Glogaus gelegenen lebhaften Kreisstadt, bestehend aus 70 Morgen Weizen- und Kornboden in einem Stück, massiven Wohn- und Wirthschafts-Gebäuden, ist mit todtem und lebendem Inventarium und Ernte Familien-Verhältnisse halber für 11000 Thlr. bei 5000 Thlr. Anzahlung aus freier Hand sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt Herr **Reinhold Woehl in Glogau.**

Gasthof zu den „3 Bergen" in Landeshut i. Schl.

Jetziger Besitzer: **R. Schunke,**
empfiehlt dem verehrten reisenden Publikum seinen neu renovirten, am Markt gelegenen Gasthof angelegentlichst. [3037]

Juwelen, Gold und Silber

kauft und zahlt die höchsten Preise:

M. Jacoby,
Riemerzeile Nr. 19.

Wein-, Liqueur- u. Cigarren- Etiquetts [4497]
empfiehlt in größter Auswahl billigst das lith. Inst. **M. Lemberg,** Roßmarkt 9.

Ein neugebautes Haus mit Laden auf einer der belebtesten Straßen im Innern der Stadt, ist ohne Einmischung eines Dritten preismäßig zu verkaufen. Offerten unter Nr. 681 beliebe man im Annoncen-Bureau **Jenke, Bial & Freund,** Junkernstraße 12, niederzulegen. [326]

Elegante Laden-Glasschränke

sind wegen Mangel an Raum bald zu verkaufen bei **J. Krawczynski,** Ohlauerstr. 22.

14. u. 15. Juli.	Abs. 10 U.	Mg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Luftdr. bei 0°	331'''53	332'''07	331'''85
Luftwärme	+ 14,0	+ 13,3	+ 18,0
Thaupunkt	+ 12,7	+ 7,8	+ 8,8
Dunstsättigung	90pCt.	64pCt.	48pCt.
Wind	W 2	SW 1	SW 1
Wetter	trübe	Sonnenbl.	wolkig

15. u. 16. Juli.	Abs. 10 U.	Mg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Luftdr. bei 0°	330'''99	329'''78	330'''76
Luftwärme	+ 14,8	+ 14,0	+ 14,2
Thaupunkt	+ 11,0	+ 9,3	+ 9,5
Dunstsättigung	74pCt.	69pCt.	69pCt.
Wind	S 1	SO 1	NW 2
Wetter	heiter	überwölkt	trübe

Breslauer Börse vom 16. Juli 1867. Amtliche Notirungen.

Inländische Fonds und Eisenbahn-Prioritäten, Gold und Papiergeld.

Preuss.Anl.59	5	$104\frac{1}{3}$ B.
do.Staatsanl.	$4\frac{1}{2}$	$98\frac{3}{8}$ B. $97\frac{7}{8}$ G.
do.Anleihe..	$4\frac{1}{2}$	$98\frac{3}{8}$ B. $97\frac{7}{8}$ G.
do. do.	4	$91\frac{1}{2}$ B.
St.-Schldsch..	$3\frac{1}{2}$	$85\frac{1}{8}$ B.
Präm.-A. v.55	$3\frac{1}{2}$	$124\frac{1}{4}$ B.
Bresl. St.-Obl.	4	—
do. do.	$4\frac{1}{2}$	$95\frac{5}{8}$ G.
Pos. Pf. (alte)	4	—
do. do.	$3\frac{1}{2}$	—
do. (neue)	4	$88\frac{1}{2}$ B. 88 G.
Schles. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$85\frac{5}{8}$ B. $85\frac{1}{3}$ G.
do. Lit. A..	4	$94\frac{1}{4}$ B.
do. Rustical-	4	$94\frac{1}{8}$ B.
do. Pfb.Lit.B.	4	—
do. do.	$3\frac{1}{2}$	—
do. Lit. C.	4	$94\frac{1}{8}$ B.
do. Rentenb.	4	92 B. $91\frac{1}{2}$ G.
Posener do..	4	$90\frac{1}{8}$ B.
S.Prov.-Hilfsk.	4	—
Freibrg.Prior.	4	$88\frac{1}{4}$ B.
do. do.	$4\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{12}$ B. $94\frac{7}{12}$ G.
Obrschl.Prior.	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{4}$ B.
do. do.	4	$88\frac{3}{8}$ B. $87\frac{7}{8}$ G.
do. do.	$4\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{2}$ B.
do do.	$4\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{4}$ B.
Wilh.-Bahn..	4	—
do.	$4\frac{1}{2}$	—
do. Stamm.	5	
do. do.	$4\frac{1}{2}$	—
Ducaten		$96\frac{1}{4}$ B.
Louisd'or....		$110\frac{3}{4}$ G.
Russ. Bk.-Bil.		$84\frac{5}{12}$ B. $83\frac{11}{12}$ G.
Oest. Währ..		$80\frac{5}{6}$ B. $80\frac{1}{3}$ G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Freiburger ..	4	134 B.
Fr.-W.-Nrdb.	4	—
Neisse-Brieg.	4	—
Ndrschl.Märk.	4	—
Obrschl.A.u.C	$3\frac{1}{2}$	$190\frac{1}{2}$ G.
do. Lit. B.	$3\frac{1}{2}$	—
Oppeln-Tarn.	5	$73\frac{1}{4}$ bz B.
Wilh.-Bahn.	4	$61\frac{5}{8}$ B.
Galiz. Ludwb.	5	—
Warsch. Wien pr. St. 60RS.	5	60 B.
Russ. Liq.-Sch.	—	$49\frac{1}{8}$ bz.

Ausländische Fonds.

Amerikaner .	6	78 bz. B.
Ital. Anleihe.	5	50 B.
Galiz. Ludwb. Silber-Prior.	5	—
Poln.Pfandbr.	4	$59\frac{1}{2}$ B
Poln.Liqu.-Sch.	4	—

Krakau OS. O.	4	—
Krak.OS.Pr.-A.	4	—
Oest.-Nat.-A.	5	$56\frac{1}{4}$ bz B.
do.60erLoose	5	$72\frac{1}{4}$ B.
do.64er do.	—	—
do.64.Silb.-A.	5	—
Baier. Anl...	4	$99\frac{1}{2}$ B.
Reichb.-Pard.	5	—

Diverse Actien.

Bresl.Gas-Act.	5	—
Minerva	5	32 G.
Schl. Feuervrs.	4	—
Schl.Zkh.-Act.	fr.	—
do. St.-Prior.	$4\frac{1}{2}$	—
Schles. Bank.	4	114 B
Oest. Credit .	5	$74\frac{5}{8}$ bz.

Wechsel-Course.

Amsterd.250fl	kS	—
do. 250fl	2M	—
Hambrg.300M	kS	—
do. 300M	2M	—
Lond. 1L.Strl.	kS	—
do. 1L.Strl.	3M	—
Paris 300Frcs.	2M	—
Wien 150 fl..	kS	—
do. do.	2M	—
Frankf. 100 fl.	2M	—

Die Börsen-Commission.

Die Geschäftsstille und matte Haltung dauerte auch heute fort, alle Speculations-Papiere und Fonds erlitten einen abermaligen Cours-Rückgang.

Preise der Cerealien.

Feststellungen der poliz. Commission
(Pro Scheffel in Silbergr.)

Waare	feine	mittle	ord.
Weizen weiss	101-107	97	93—95
do. gelber	99-105	96	92—94
Roggen schl.	85—86	84	81—82
do. fremder	81—82	79	76—77
Gerste	58—61	57	54—55
Hafer	40—41	39	36—38
Erbsen	72—75	69	64—67

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von

Raps und Rübsen.

Pro 150 Pfd. Brutto in Silbergr.
Raps —. 190. 180. Winter-Rübsen 196. 190. 184. Sommer-Rübsen —. —. —. Dotter —. —. —.

Kündigungspreise f. d. 17. Juli.

Roggen 63 Thlr., Hafer 52, Weizen 81, Gerste 54, Raps 95, Rüböl $11\frac{1}{3}$, Spiritus $19\frac{5}{8}$.

Börsen-Notiz von Kartoffelspiritus pro 100Qrt. bei 80 pCt. Tralles loco: $20\frac{1}{3}$ B. $20\frac{1}{6}$ G.

Verantw. Redacteur: Dr. Stein. — Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.